

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
5. Dezember 1910

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Begehrloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Um die Demokratie. — Lofstoi. Von Rosa Luxemburg. — Julie Bebel †
— Aus den Erinnerungen einer Krankenschwester. Von Hannah Lewin-
Dorff. (Schluß). — Säuglingsernährung und Säuglingssterblichkeit. III.
Von Dr. K. Lipsius. — Eine Wanderung durch die Weltausstellung in
Brüssel. II. Von A. Th. — Auf dem Wege zur Vereinheitlichung der
Arbeitsbedingungen in der Holzindustrie. Von Sk. — Zum Streit in
der Bielefelder Wäscheindustrie. Von N. N.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Bericht über die Mainzer
Frauenorganisation. — Eine Frauenkonferenz für den Regierungsbezirk
Magdeburg. — Genossin Katharine Kellner-Premungesheim † — Polnische
Kundschafter. Von H. B. — Gewerkschaftliche Kundschafter. — Aus der
Textilarbeiterbewegung. Von h. j.
Notizen: Dienstoffrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.
— Verschiedenes. — Literarisches.

Um die Demokratie.

Um die Demokratie ist gekämpft worden. Im deutschen Reichstag. Das bloße Wo schon besagt, daß die Forderung der Demokratie einer geschlossenen Mehrheit von Feinden begegnet ist. Das Um und Auf der Redeschlacht hat es noch eindringlichst bestätigt. Die Sozialdemokratie allein war es, die durch ihre Interpellation über das kaiserliche Bekenntnis zum Gottesgnadentum eines persönlichen Regiments die Fahne der Demokratie vorantug, und hinter ihr hat sich nur das Fähnlein der Fortschrittlichen Volkspartei gehalten. Das aber ist bekanntlich nicht aus lauter prinzipienfesten Männern zusammengesetzt und umfaßt auf alle Fälle nur die letzten Trümmer des deutschen Liberalismus, dessen geschichtliche politische Aufgabe es gewesen wäre, das selbstherrliche Gottesgnadentum durch den demokratischen Parlamentarismus zu ersetzen. Der Verfall dieses Liberalismus oder richtiger seine Ablehnung von der schimmernden Jugendideologie der Bourgeoisie zu den realen Geschäften der Massenausplünderung und Massenverelendung herrschender Klassen trat in der Haltung der Nationalliberalen und noch mehr in der des Zentrums unabweisbar zutage. So konnte ein Bethmann Hollweg das Recht und die Würde des deutschen Reichstags ohrfeigen, indem er die Königsberger Proklamation der Theorie von dem ausgewählten Instrument des Himmels bekräftigte. Es gehörte dazu, daß er nebenbei die Bedeutung der Erklärungen leugnete, die sein Vorgänger im Dienste im November 1908 der Volksvertretung über die künftige Zurückhaltung persönlicher Regierung gegeben hatte. Herr Bethmann Hollweg ist nicht nur „dank kaiserlicher Gnade“ Reichskanzler, er ist auch der Herr der parlamentarischen Situation. Durch ihn herrscht jene Paarung von modernem Kapital und feudalem Agrarierum, welche er in seiner Person so trefflich repräsentiert, daß ihm die staatsmännische Unfähigkeit eines Gemischtes von langweiligem Schulmeister und enggeistigem Bureaukraten gern vergeben wird.

Mit diesem Ausgang der Verhandlungen hat die Mehrheit des Reichstags wieder einmal befunden, daß sie die Demokratie, den Parlamentarismus nicht will. Das kann freilich nur eine

Enttäuschung für jene Bettler und hoffnungsvolle Toren des politischen Lebens sein, die den journalistischen und parlamentarischen Theaterdonner gegen das persönliche Regiment ernst genommen haben, der im November 1908 durch die Welt der herrschenden Klassen gerollt ist. Denn wer die Geschichte dieser Klassen zurückverfolgt, die zugleich die Geschichte des modernen Preußen-Deutschlands ist, der begegnet schon an der Schwelle der politischen Emanzipation unserer Bourgeoisie 1848 dem Kompromiß mit Gottesgnaden- und Junkertum, statt ihrer Überwindung. Das Verhalten des Liberalismus zur Wahlrechtsfrage in Preußen, Sachsen usw. zur durchgreifenden Demokratisierung des staatlichen und kommunalen Lebens in anderen „engeren Vaterländern“ hat diesen Pakt stets aufs neue besiegelt. Und der Ring der rückläufigen Bewegung hat sich damit geschlossen, daß auch in dem geeinten Deutschen Reiche die bürgerlichen Klassen von Anfang an darauf verzichteten, Demokratie und Parlamentarismus gleich einem rochen Le bronze zu errichten, vielmehr Gottesgnadentum und junkerliche Bürokratie nebst Militarismus in den Sattel setzten. So ist es nur konsequent, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstags wieder und wieder den Kürassierstiefel des persönlichen Regiments leckt, der gelegentlich auch einmal unsänftiglich nach ihr und nach den Interessen besitzender Schichten der bürgerlichen Gesellschaft tritt. Man erinnere sich der Verlängerung der Legislaturperioden von drei auf fünf Jahre, der Bindung des Budgetrechts des Reichstags in den Marineausgaben; der Indemnität für den grotest-blutigen, kostspieligen und gefährlichen Hummelfeldzug nach China, der ohne die vorherige verfassungsmäßige Zustimmung des Reichstags unternommen wurde; die Zertrümmerung der Geschäftsordnung des deutschen Parlaments während der Kämpfe um den Zollwucher; die Weigerung der Majorität, konstitutionelle Bürgschaften, wie Kanzler- und Ministerverantwortlichkeit, ja auch nur eine leidlich demokratische parlamentarische Geschäftsordnung zu schaffen, die das Recht der Minderheit wahren würde. Ist nicht erst im vorigen Jahre ein Reichskanzlerwechsel gekommen, wie der Dieb in der Nacht, das aber in einer ernststen Situation und während die Volksvertreter wie ungezogene Buben nach Hause geschickt worden waren.

Das unaufhaltbare Vorwärtsdrängen des klassenbewußten Proletariats gegen die Frontseite der kapitalistischen Ordnung hat in den bestehenden Klassen das Bedürfnis nach einem Gottesgnadentum ausgelöst, als eines Instrumentes ihres eigenen sehr wirklichen Himmels der Profitmacherei. In diesem geschichtlichen Zusammenhang der Dinge und nicht in den persönlichen Neigungen und Auffassungen des kaiserlichen Redners liegt der letzte und festeste Widerstand gegen den Parlamentarismus, die Demokratie. Wie wenig die kronentrugende Vereinfachtheit der Zeiten Lauf zu hemmen vermag, das lehrt gerade die Geschichte des Königtums „aus eigenem Rechte“ in Preußen. Als die Geburtswehen der bürgerlichen Gesellschaft den feudalen Staat schüttelten, hatte Gottes Gnade die Krone einem Manne verliehen, den Marx in „Revolution und Konterrevolution“ also charakterisiert: „In dilettantischer Weise hatte er sich mit den Elementen der meisten Wissenschaften bekannt gemacht und

hielt sich für kenntnisreich genug, sein Urteil in jeder Sache für entscheidend anzusehen. Er war überzeugt, er sei ein Redner ersten Ranges, und es gab sicher keinen Handlungsreisenden in Berlin, der ihn an Fülle vermeintlichen Wises oder an Geläufigkeit im Sprechen übertreffen konnte.“ 1840 äußerte Friedrich Wilhelm IV. bei einem Geburtsfest, daß er seine „Krone von Gott allein habe“, und daß es ihm daher „wohl anstehe“, zu erklären: „Wehe dem, der daran rührt.“ Zwei Jahre später sprach er beim Empfang der Provinziallandstände mit zorniger Verachtung von denen, die nach ihm nur Vertreter „des Windes, der Meinung und der Tageslehren“ waren. Eine kurze Spanne, und dieser Mann mußte sich vor den Repräsentanten des „Windes, der Meinung, der Tageslehren“, ja der Straße beugen; er mußte es dulden, daß die blutigen Hände der Barrikadenkämpfer seine Krone von Gottes Gnaden allein gegen die bescheidenere von Volkes Gnade auswechselten.

Wenn diese geschichtlichen Erinnerungen den Blick dafür schärfen, wo heute der zähste Widerstand gegen die Demokratie zu finden ist, so lenkt er auch die Aufmerksamkeit zwingend auf die Macht, die allein kraftvoll genug ist, diesen Widerstand zu brechen. Diese Macht liegt in den Massen und ihrer Bereitschaft, ihren Willen in die Tat umzusetzen. Bei der Sammlung dieser Massen aber zum Kampfe für die Demokratie dürfen wir Frauen nicht fehlen. Wir wissen, daß wir in ihm Ketten zu verlieren und eine Waffe zu gewinnen haben, die uns hilft, eine Welt zu erobern.

Tolstoi.

„Jeder kommt auf seinem Wege zur Wahrheit, eins aber muß ich sagen: das, was ich schreibe, sind nicht nur Worte, sondern ich lebe danach, darin ist mein Glück und damit werde ich sterben.“ Mit diesen Worten hat Tolstoi vor etwa zehn Jahren seinen Aufsatz „Über den Sinn des Lebens“ geschlossen, und sein Tod hat für die Aufrichtigkeit seiner Worte Zeugnis abgelegt. Nachdem Tolstoi sein ganzes Leben lang darum gerungen hat, die Wahrheit zu erkennen und das eigene Leben streng mit seiner Erkenntnis in Einklang zu bringen, rafft er sich, ein 82jähriger Greis, noch beim Nahen des Todes auf — zu einer verzweifelten Flucht aus den Fesseln des bürgerlichen Familienlebens, einem alten erblindeten Adler gleich, der sich mit einer letzten Kräfteanstrengung zum Fluge erhebt, um mit zerbrochenen Flügeln bei Wind und Nebel auf eine fremde Scholle zu fallen und zu sterben.

Tolstoi war der größte Künstler der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts nicht bloß in der russischen, sondern in der Weltliteratur. In seinen Novellen und Romanen — „Die Kosaken“, „Sebastopol“, „Krieg und Frieden“, „Anna Karenin“, „Auferstehung“ — wie in dem Drama „Macht der Finsternis“ hat er für Rußland die gewaltigste Epopöe des gesellschaftlichen Lebens von Anbeginn bis zum Ausgang des neunzehnten Jahrhunderts geschaffen, die irgend eins von den modernen Völkern aufzuweisen vermag. In der Zeit des bürgerlichen Niederganges der Kunst, die sich in ihrer inneren Zersäuerung zu einem großen Roman, wie auch zu einem großen Drama nicht mehr auftraffen kann, bewahrte sich Tolstois einsames Genie die machtvollen künstlerischen Mittel eines epischen Dichters, und in seinen Händen bekam bis zuletzt das anspruchloseste Traktätchen und die schlichteste Erzählung den Stempel klassischer Einfachheit, Geschlossenheit und Größe. Doch nicht Rußland allein, die ganze soziale Geschichte eines Jahrhunderts spiegelt sich in seinem Lebenswerk. Tolstoi sah und schilderte in den tausend Gestalten, die sich in seinen Werken tummeln — eine buntbewegte Menge aus allen Schichten der Gesellschaft —, vor allem den Menschen mit seinen Leidenschaften, mit seinem Glück und seiner Qual. Geburt und Tod, Liebe und Eifersucht, Kindheit und Greisenalter waren Probleme, zu denen er in den verschiedensten Formen immer wieder zurückkehrte. Alle menschlichen Leidenschaften, Schwächen und Stimmungen hatte er künstlerisch gefaßt. Und wenn man von Goethes „Faust“ sagen kann, daß es im Grunde genommen ein Kompendium

des menschlichen Lebens ist, so bilden die echt russischen Werke Tolstois in ihrer Art ein zweites.

Der Künstler ist aber bei Tolstoi nicht zu trennen von der Persönlichkeit, also auch nicht von dem Kämpfer. Beide bedingen einander in ihrer Größe. Tolstoi hat sich in der allgemeinen Deladenz der bürgerlichen Gesellschaft — gleichsam über dem Strom der Zeit stehend — seine künstlerische Anschauung zur Erfassung des Gesamtlebens bewahrt. Die Kraft dazu hat er aus demselben Wesen seiner großen Persönlichkeit geschöpft, das ihm gleichzeitig als Wahrheit suchendem, Forscher und Kämpfer bis zum letzten Atemzug den Mut gab, den gesellschaftlichen Problemen mit offenen Augen gegenüberzutreten und seine Gedanken mit der Unersehbarkeit eines alttestamentarischen Propheten und heisspielloser Wahrheitsliebe laut zu bekennen. Es war derselbe ewig suchende soziale Forscher und der große Charakter mit seinem dem arbeitenden Volke, den Ausgebeuteten und Unterdrückten reslos ergebenen Herzen, der den tiefsten Sinn des Lebens in all seinen Gestalten aufspürte und künstlerisch festhielt. Der Schöpfer der herrlichen „Anna Karenin“ wie des nach Weichen dustenden „Eheglücks“ und der kranke Greis, der aus dem väterlichen Herrenstuhle floh, um „wie ein Bauer zu sterben“, waren ein und dieselbe Persönlichkeit, eine große Gestalt, neben der sich ganze Scharen gefeierter Koryphäen der Politik, der Wissenschaft und der Kunst, der patentierten „großen Männer“ wie ein Rudel Affen ausnehmen.

Das große Problem, das Tolstoi sein ganzes Leben lang beschäftigte, war die soziale Ungerechtigkeit und die Mittel zu ihrer Beseitigung. Es waren die Ungeheuerlichkeiten der bürgerlichen Gesellschaft, die ihn auf Schritt und Tritt empörten und zum tiefen Nachdenken zwangen. Das arbeitsreiche Leben der Armen, der Mühsiggang und das hohle, fade Dasein der reichen Ausbeuter, die schreienden Greuel des Krieges und des Militarismus, die Verlogenheit der bürgerlichen Ehe, die Heuchelei der offiziellen Kirche, der Druck des Steuerjochs und der Bureaokratie, Erziehung, Kunst, Wissenschaft in der Verzerrung, zu der die heutige Gesellschaft sie verurteilt — alles regte den rastlosen Forscher unermüdet an, alles unterzog er feiner ägenden Analyse und Kritik. Er hatte der bürgerlichen Gesellschaft einen unerbittlichen Krieg angefangen und blieb ihr Todfeind bis zu seinem letzten Atemzug. In seinen ersten großen Romanen läßt er seine Helden mitten in der Handlung kapitel lange Betrachtungen über soziale Probleme anstellen, über das Mittel, Armut und Ungleichheit auszuwotten. In den siebziger Jahren kommt er zu der Überzeugung, daß die ganze heutige Kunst — seine eigenen herrlichen Werke eingeschlossen — ein eitles parasitäres Luxusding sei, weil sie für die große Masse des arbeitenden Volkes unzugänglich, ein ihrem Wesen fremdes Produkt der begüterten Minderheit darstelle. Nach dieser Erkenntnis faßt der von ganz Rußland und der Welt gefeierte Dichter den Entschluß, sich selbst jedes weiteren künstlerischen Schaffens zu enthalten und sich ganz dem Grübeln über seinem sozialen Problem zu widmen, aus dem auch neben zahlreichen Propagandaschriften das letzte große Werk „Die Auferstehung“ geboren ist.

Die Kritik, die Tolstoi an den bestehenden Zuständen übt, ist eine radikale; sie kennt keine Schranken, keine Rücksichten, keine Kompromisse. Und er kennt auch keine Mittelwege und keine Palliative zur Linderung der sozialen Übel. Gänzliche Aufhebung des Privateigentums und des Staates, allgemeine Arbeitspflicht, völlige ökonomische und soziale Gleichheit, gänzliche Beseitigung des Militarismus, Völkerverbrüderung, Weltfrieden und Gleichstellung alles dessen, was Menschenantlig trägt — das ist das Ideal, das Tolstoi unermüdet, mit dem Starrsinn eines großen, tief überzeugten Propheten predigt.

Die soziale Kritik und die sozialen Ideale Tolstois stellen ihn also in die Reihen des Sozialismus, in die Ruhmeshalle der großen Geister, die dem modernen Proletariat auf seiner historischen Befreiungsbahn voranleuchten. Und doch war niemand vom Verständnis für die moderne Arbeiterbewegung, von ihrem Ideengehalt weiter entfernt als Tolstoi. Kommt es zur Beantwortung der Frage, wie ist das soziale Ideal zu ver-

wirklichen, so wendet sich Tolstoi von dem geschichtlichen Wege des Proletariats ab, verabscheut die Revolution und den Klassenkampf und predigt — die innere Läuterung des Menschen durch die Lehren des Christentums:

„Der von den Revolutionären vorgeschlagene Ausweg, die Gewalt durch Gewalt zu bekämpfen, ist augenscheinlich unmöglich. Die Regierungen, welche bereits über eine disziplinierte Gewalt verfügen, werden niemals die Bildung einer anderen ebenso disziplinierten Gewalt dulden. Alle Versuche des vorigen Jahrhunderts (Tolstoi schreibt dies im Oktober 1900) zeigten, daß sie vergebens sind. Der Ausweg liegt auch nicht, wie einige Sozialisten glauben, darin, daß eine große wirtschaftliche Macht geschaffen werde, welche die gefestigte Macht der Kapitalisten besiegen könnte. Niemals werden die Arbeiterverbände, welche über einige Millionen verfügen, gegen die wirtschaftliche Übermacht der Milliardäre, welche von der militärischen Gewalt unterstützt werden, kämpfen können. Ebensovienig ist der Ausweg möglich, welchen andere Sozialisten in der Gewinnung der Mehrheit des Parlaments sehen. Eine solche Parlamentsmehrheit wird nichts erreichen, solange das Heer in den Händen der Regierungen sein wird. — Auch das Hineintragen von sozialistischen Prinzipien in das Heer wird nichts bewirken. Die Hypnotisierung des Heeres ist eine so geschickte, daß auch der freidenkendste und vernünftigste Mensch, solange er im Heere ist, immer das erfüllen wird, was von ihm verlangt wird.“

Welcher ist also der Ausweg? Die Verweigerung des Kriegsdienstes, „noch bevor man unter den betäubenden Einfluß der Disziplin versallen ist“ und —

„die eigene persönliche Vervollkommnung, das heißt die Ersetzung der eigenen egoistischen Bestrebungen durch das den anderen Menschen liebevolle Dienen, wie es im Evangelium heißt und worin auch der Sinn des Gesetzes und der Propheten besteht: handle den anderen gegenüber so, wie du willst, daß man dir gegenüber handle.“

Der kirchliche Bannfluch, der den einzigen wahren Christen in Rußland nach dem Erscheinen der „Auferstehung“ getroffen hat, und das ehrende Verbot der Seelenmessen für den Verstorbenen beweisen genug, wie wenig das Christentum Tolstois mit der offiziellen Kirche zu tun hat, die in Rußland noch deutlicher wie anderwärts bloß eine geistliche Abteilung der Gendarmarie ist. Doch tritt ein reaktionärer Zug in der „christlichen Predigt“ Tolstois deutlich hervor, und dieser reaktionäre Zug hängt aufs engste zusammen mit dem eigentlichen schwachen Punkt in der ganzen sozialen Analyse Tolstois: er zerpflückte und verdamnte die bestehende Gesellschaft vom Standpunkt der Moral, der Gerechtigkeit, der Liebe zum Volke, ohne für die historische Berechtigung dieser Gesellschaft Verständnis zu haben, aus der sich auch die geschichtlichen Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus durch den Klassenkampf mit Notwendigkeit ergeben. So ist Tolstoi in den Ausgangspunkten seiner genialen Kritik wie in seinen Schlussfolgerungen reiner Idealist, auch darin wesensgleich und ebenbürtig den großen sozialistischen Utopisten am Beginn des neunzehnten Jahrhunderts, Fourier, Saint-Simon und Owen.

Freilich, die großen Drei standen erst an der Wiege der kapitalistischen Entwicklung, Tolstoi starb zur Zeit der krassen Auserungen ihres Verfalls und ihres nahenden Endes. Allein die Umstände seines Lebens erklären zur Genüge die Geistesrichtung, die für sein Leben ausschlaggebend geworden ist. Geboren und gereift in dem leibeigenen Rußland Nikolaus' I., war er in seinem Mannesalter Zeuge des Bankrotts erst der schwachen liberalen Bewegung der sechziger Jahre, dann der revolutionären Bewegung der sozialistischen Intelligenz in den siebziger und achtziger Jahren, um erst im Greisenalter die Anfänge des proletarischen Klassenkampfes und kurz vor dem Tode die Revolution zu erleben. Was Wunder, daß ihm die historische Wirkung der rapiden kapitalistischen Entwicklung Rußlands mit ihrer märchenhaften Machtentfaltung des städtischen Proletariats ein unbegreifliches Phänomen und der altgläubige duldbende Bauer der Vertreter des russischen Volkes geblieben ist! Haben doch gar viele durch das westeuropäische Leben geschulte Sozialdemokraten für die russische Revolution und namentlich für die Aktion der Arbeiterklasse darin kein Verständnis

aufzubringen vermocht; hat doch jetzt noch die Niederlage der Revolution genügt, um bei vielen deutschen Sozialdemokraten den Glauben an ihre Möglichkeit und ihren Sieg wieder zu erschüttern. Tolstoi hat nie die Sozialdemokratie begriffen und glaubte seine einzigen wahren Jünger in einer armseligen Bauernfelle der Duchoborzen gefunden zu haben, die durch ihre erzwungene Auswanderung nach Amerika die Wurzellosigkeit der Tolstoischen Lehren in tragischer Weise dem Greise vor die Augen geführt hat.

Wenn aber die ethische Propaganda Tolstois und seine schroffe Verurteilung des Klassenkampfes und der Revolution im zarischen Rußland ihre reaktionäre Seite hatten, so sorgte gerade dieselbe historische Entwicklung, die Tolstoi verkannte, dafür, daß von seinen Lehren die Schladen des christlichen Individualismus ungenutzt und unschädlich verkümmern, während das pure Gold seiner großen sozialen Gedanken in die Schatzkammer des modernen geistigen Lebens aufgenommen wurde. Die Propaganda Tolstois hat eine Zeitlang ein paar Duzend Studenten zu wunderlichen Einfällen verleitet, seine machtvolle Kritik aber gekleidet in geniale Kunstwerke weckte in Hunderttausenden von Herzen und Köpfen den Gedanken, den Funken des bewußten Lebens und die Liebe für die Massen der Enterbten. Sein Lebenswerk ist ein Stück Kultur, und die klassenbewußte Arbeiterschaft, die künftige Erbin der Kultur, senkt ihre Fahnen mit Dankbarkeit und Verehrung am Grabe des großen Künstlers und des großen Menschen, der in seiner Weise bis aufs Messer gegen die Ausbeutung und Unterdrückung kämpfte und bis zum Tode keine Kompromisse kannte.

Rosa Luxemburg.

Julie Bebel †

Es ist ein Leben voller Güte und Treue, das mit Julie Bebel's lehtem Atemzug erloschen ist. Außerlich schien es ganz eingeschlossen in den engen Kreis herkömmlicher weiblicher Familienpflichten. Jedoch wie weitete es sich, wie wuchs es zu schlichter Größe für den empor, der über das Außerliche hinweg einen Blick in den Inhalt dieses Lebens tat. Denn mit dem Manne zusammen, dem Julie Bebel fast ein halbes Jahrhundert lang die verständnisvollste, aufopferungsfähigste Gefährtin gewesen ist, hatte sie auch die große Sache ertoren, der er sich ganz zu eigen gegeben hat. Die Heilsbotschaft des Sozialismus, die sie zuerst und immer wieder mit dem gleichen Feuer innerster Überzeugung aus seinem Munde gehört, behielt sie und bewegte sie in ihrem Herzen. In ihrem Herzen, das so warm, so mitfühlend mit allem menschlichen Leid schlug, in ihrem Herzen, das groß und stark genug war, sich über das persönliche Erleben hinaus an dem proletarischen Befreiungskampf, an den hehrsten Menschheitsidealen zu erheben! In der Tat: wenn Julie Bebel dem Vorkämpfer, dem Führer der Sozialdemokratie mehr sein konnte als ein vorbildlich sorgendes Hausmütterchen, eine Genossin seines Lebens und Strebens, wenn sie ihm verstehend in einer persönlichen Aufwärtsentwicklung ohnegleichen zur Seite zu bleiben vermochte: so hat sie die Kraft dazu sowohl aus ihrer Liebe für das reine, reiche Wesen des Mannes geschöpft wie aus ihrer Hingabe an die emportragenden Ideen des Sozialismus.

Die äußeren Umstände haben es ihr wahrhaftig nicht immer leicht gemacht, der inneren Stimme zu folgen. Julie Bebel hat mit mancherlei bitteren Lebensnöten um das ringen müssen, was sie geworden ist. Als Tochter eines Bodnarbeiters an der Bahn, als Puhmacherin in einem größeren Geschäft hat sie jung, wenn auch nicht das schwarze Glend, so doch die Energie einer proletarischen Existenz kennen gelernt. Erst nach zweijähriger Brauterschaft konnte ihr August sie 1866 heimführen, weil die Voraussetzung der geschäftlichen Selbständigkeit, die Naturalisation in Leipzig dem „Ausländer“ aus Wehlar mehr kostete, als er sein eigen nannte, und schließlich doch noch mit Schuldenmachen erfolgen mußte. Vom ersten Tage ihrer Ehe an hatte Julie Bebel die Sorgen und Misere des Kleinhandwerkertums mit zu tragen, die noch durch die politische Betäti-

gung ihres Gatten bedeutend verschärft wurden. Die Unternehmer tobten ihren Haß gegen den „Umstürzler“ an dem Drechslernmeister aus, dem sie die Aufträge entzogen. Als Bebel im Winter 1870/71 mit Liebknecht und Hepner zusammen in eine Untersuchungshaft genommen wurde, die 102 Tage dauerte, mußte ihm seine Frau in das Gefängnis melden, daß auch nicht ein Stück Arbeit in Auftrag gegeben worden sei; es hieß aber den Gehilfen und Lehrling bezahlen, und auch der Lebensunterhalt wollte bestritten sein. Als sich in den nächsten Jahren die wirtschaftlichen Verhältnisse freundlicher gestalteten, forderte der Kampf für die Überzeugung Bebels Person immer restloser ein, legte er ihm und den Seinen immer größere Opfer auf. An die 22 monatige Festungshaft in Hubertusburg wegen Hochverrats schloß sich eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten. Kaum daß die Nachwehen davon unter zähem Ringen für die wirtschaftliche Existenz und im leidenschaftlichen Dienste der sozialistischen Bewegung verwunden waren, entfesselte das Sozialistengesetz seine Schrecken. Der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Leipzig folgte bald Bebels Ausweisung von da mit ihren moralischen Qualen und materiellen Schädigungen für die Familie. Welch großes Verdienst Frau Julie Bebel daran zukommt, daß das Existenzschifflein des Geheften jenen Stürmen wacker standgehalten hat, daß er selbst frisch und kraftvoll aus ihnen hervorgegangen ist, das darf nie vergessen werden.

Ihre praktische Lebenstätigkeit, die im Haushalt Wunder der Finanzkunst verrichtete, kam auch dem Betrieb des jungen Anfängers zugute, der wohl nur dank dieser klugen und tapferen Mithilfe sich ohne die Gefahr geschäftlichen Zusammenbruchs dem politischen Kampfe in dem Umfange widmen konnte, wie es geschah. Ihre sonnige Heiterkeit schuf im Bunde mit nimmermüden Händen ein schmuckes und trauliches Heim, wo der Mann Erquickung und Rast fand, den der Gott seiner Überzeugung noch unbarmherziger zu fieberhafter Tätigkeit spornte als der Sorgen Last. Und ihr Idealismus tat das Seinige, um dieses Heim über ein kleinbürgerlich beschränktes und im Grunde egoistisches Familienidyll hinauszuhoben. Hier waltete nicht bloß die geschickte und liebevolle Hausfrau, die zärtlichste und beglückteste Mutter, hier erwuchs Bebel aus der wissenschaftlich Fragenden die Genossin seiner Ideale, die mit allen Fasern des eigenen Seins sein Wirken mit erlebte. Mit der Gedankenwelt des Sozialismus slutete das Leben der Allgemeinheit in dieses Heim und eröffnete ihm ausgebehnte Horizonte, und ein gütiges Herz war jederzeit bereit, von hier aus Müheligen und Beladenen Hilfe zu spenden. Auch dann, als die Dürftigkeit und Unsicherheit der eigenen Lage Julie Bebel mit der ganzen Bürde des Haushaltes und einem reichlichen Anteil am Geschäftsbetrieb belastete und die äußerste Sparsamkeit zu einem Gebot der Notwendigkeit machte, hatte die selbstlose Frau stets Zeit und Mittel für andere übrig. Insbesondere waren es die Familien der befreundeten Parteigenossen, die bei jedem Ungemach auf ihre tatkräftige Freundschaft bauen konnten. Unter den Härten der Zeit zur Vertrauten ihres Mannes herangereift, hatte sie oft genug — bespizelt und drangsaliert, wie es unter dem Sozialistengesetz ihr Loos sein mußte — verantwortliche Parteigeschäfte zu erledigen, wenn Bebel lange Wochen von daheim abwesend war. Sie tat das mit so viel klugem Geschick und feinem Takt, daß es jedem Parteigenossen selbstverständlich dünkte, sich mit den anfallenden Angelegenheiten an sie als an die Berichterstatterin und Stellvertreterin ihres Mannes zu wenden. Ein jeder aber durfte versichert sein, über die Erledigung des Geschäftlichen hinaus für sein persönliches Wohl und Wehe freundliches Verständnis und ein Wort aufrichtiger Teilnahme zu finden. Wir erinnern uns nicht eines einzigen, dem nicht das Auge geleuchtet hätte und der Ton warm geworden wäre, wenn er davon sprach, sich an „unseres Augusts Frau“ wenden zu müssen.

Nach dem Falle des Sozialistengesetzes sind lichte Jahre für Julie Bebel herausgezogen. Sie aber ist in ihrem Wesen die gleiche geblieben oder richtiger: ihres Wesens Werte haben sich noch reicher entfaltet. Ihrem Manne war sie nach wie vor die treueste Helferin. Kein Kampf und keine Arbeit hat

sein Leben bewegt, die nicht in ihrem Sein tief und nachhaltig nachgezittert hätten. Neben ihren Hausfrauenpflichten — die weitfassend und einfordernd genug waren, denn Bebels Haus war gastfreundlich im schönsten Sinne des Wortes — amtierte sie gleichsam als Sekretärin. Sie prüfte, sichtigte und ordnete zumal die Korrespondenzen, die zuzeiten in hohen Stößen bei dem einliefen, der als der Fleisch und Blut gewordene Kampf wider alles Unrecht, alle Unterdrückung erschien, und dem daher von allen Seiten Lebenswunde und Hoffnungssehnsüchtige stehend die Hände entgegenstreckten. Und wenn Bebel durch diese Vorarbeit seiner Julie gar manche Stunde für Kampf und Studium gewonnen hat, so haben wahrlich die ein kluges Wort und eine brüderliche Tat Heischenden nichts dadurch verloren, daß auf ihre Wünsche zuerst die milden Augen der verkörperten Herzengüte fielen. Wie Augusts großherziger Natur, so war auch Julie Bebel das Wohltun und Mitteilen ein Bedürfnis, eine Freude, ein Stück selbstverständlicher Praxis sozialistischer Brüderlichkeit, die sie sich inmitten der grausamen kapitalistischen Gegenwartsgesellschaft auf das Zukunftsreich der erlösten Menschheit vorausnahm. Denn der Sozialismus bedeutete in ihrem Leben mehr als eine abstrakte Theorie, die man sich verstandesmäßig anklügelt: ein gemühtiefes Schauen und Glauben, das zur Tat verpflichtet.

Der ereignisreiche Lebensgang an Bebels Seite hatte ihren Blick auch für innere Nöte geschärft und verfeinert. So enthielt sich ihm manches geheime seelische Ringen, und viel Herzenspein hat ihre taktvolle Freundschaft tragen helfen, die sich nie aufdrängte, die aber zur Stelle war, wo man ihrer bedurfte. Die Kunst des Verstehens und die noch schwerere des Verzeihens ist dabei Julie Bebel wie wenigen aus der Seele gequollen. Freilich hatte auch diese Milde ihre Grenzen: Zweideutigkeit, Anehlichkeit, Gemütsroheit und Mangel an Aufopferungsfähigkeit blieben ihr verhaßt, mochten sie ihr auch noch so kunstvoll aufgeschminkt entgegnetreten. Gegen sie fand die sonst so Nachsichtige scharfe Worte, denn nicht bloß das Herz, auch der Kopf saß bei ihr auf dem rechten Fleck. Viele waren an ihrem Herd heimisch und erfuhren ihre treue Fürsorge, die aus dem Schatze einer Liebe schöpfte, der jenes Zeichen der Echtheit trug, daß er durch Geben reicher und nicht ärmer wurde. Und wenn so der Einfachste und Gedrückteste ungedemütigt und frohen Herzens von ihr gehen konnte, so mußte auch der geistig Hochstehende dankbar empfinden, daß er von ihr empfangen hatte.

Nichts wäre ihr bei ihrem offenen Sinn leichter gewesen, als sich mit den Flittern einer modernen Allerbildung herauszuputzen. Ihr eignete jedoch die wahre Herzensbildung, die jeden leeren Schein verabscheute und den Mut gab, auch den geieiertsten Erzeugnissen der künstlerischen und geistigen Tagesmode gegenüber zu erklären: „Sie gefallen mir nicht“; „ich verstehe sie nicht“. Die Schlichtheit und Echtheit ihres Wesens haben sie in allen Lagen ihres Lebens auch vor der Pose bewahrt. Mit ebensoviele Stolz wie Bescheidenheit hat sie es stets vermieden, als „die Frau ihres Mannes“ in der Partei, in der Öffentlichkeit eine Rolle zu spielen. Nur einmal ist sie unserer Erinnerung nach mit in die ersten Reihen getreten. Aber wahrhaftig nicht aus eigener Wahl, sondern ihrem guten Herzen und dem Drängen der Genossinnen gehorchend. Den in der ersten Hälfte der neunziger Jahre in Berlin gegründeten Bildungsverein für Frauen und Mädchen half sie mit aus der Taufe heben und gehörte seinem Vorstand an, um die Existenzbedingungen der Organisation zu erleichtern. Sobald dieses Ziel erreicht schien, zog sie sich von dem Ehrenposten zurück.

Und doch hat es Stunden in Julie Bebels Leben gegeben, wo es ihr ein Ziel aufs innigste zu wünschen dünkte, der sozialistischen Idee selbsttätig zu dienen und kämpfend an der Seite des über alles geliebten Mannes in Reih und Glied zu stehen. Sie gehörte nicht zu denen, die ihr Herz leicht auf die Lippen heben, aber in vertraulichen Augenblicken entglitt ihnen doch die leise Klage, daß es ihr nicht vergönnt gewesen sei, einen höheren Flug zu nehmen und sich einen eigenen Wirkungsbereich

in der Bewegung zu schaffen. Bewußt und freiwillig hat sie ihr Wünschen vor der Erkenntnis bechieden, daß das Beste, ja Unerfessliche, was sie für ihre sozialistische Überzeugung leisten könne, das Aufgehen ihres Eigenlebens in das eines Größeren sei, eines Wegebereiters und Führers, wie die Sozialdemokratie keinen zweiten kennt. Wenn so auch ihrer harmonisch gestimmten Natur der Widerspruch zwischen Sehnsucht und Erfüllung nicht erspart geblieben ist, so hat sie doch dankbar nie vergessen, daß an den Dornen, die ihr Haupt ritzten, die glühendsten und duftendsten Rosen ihres Lebens gewachsen sind.

Dem sozialistischen Proletariat steht es wohl an, einen vollen Lorbeerkranz an der Bahre dieser Toten niederzulegen, der es zu unauslöschlichem Danke für das verschuldet bleibt, was sie in 44 Jahren treuester Wege- und Werkgemeinschaft seinem großen Vorkämpfer gewesen ist. Wir sozialistischen Frauen aber wollen das Andenken Julie Bebel's immer aufs neue mit lebendigen Blüten der Anerkennung für das Beispiel überschütten, das sie Hunderttausenden gegeben hat. In der Natur sind die Gaben ungleich verteilt. Nicht jede vermag es, das weiche Frauenherz hinter dem Harnisch zu bergen und sich in das Getümmel des Klassenkampfes zu stürzen, aber eine jede kann den Ringenden eine selbstverleugnende Helferin sein. Das mag alle Zögenden, Zweifelnden Julie Bebel's gehaltreiches Leben lehren. Die sich zusammenballenden Wolken aufsteigender Zukunftsgewitter mahnen auch die proletarischen Frauen, und gerade sie, bereit zu sein. Bereit zu tragen, bereit zu schlagen!

Aus den Erinnerungen einer Krankenschwester.

(Schluß.)

Von einer irgendwie geregelten Erholung für uns Schwestern zu bestimmten Stunden war in jenem Krankenhaus absolut keine Rede. Ja, ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß wir so gut wie gar keinen Urlaub hatten. Ich habe während der 2½ Jahre, die ich dort zubachte, genau zweimal einen freien Nachmittag gehabt, und dann handelte es sich auch nur um drei oder vier Stunden. Bevor wir eine solche Freizeit erhielten, hatten wir obendrein die Erlaubnis dazu auf einem derartig langen Instanzenweg einzuholen, daß uns schon dadurch meistens die Lust verging, um Freistunden einzukommen. Wir mußten der Reihe nach bei der ersten Saalschwester, der Stationsoberschwester, der Probemeisterin und der Oberin anfragen; der Arzt hingegen hatte bezeichnenderweise über unsere Zeiteinteilung gar nichts zu bestimmen. Es kam einmal vor, daß der ärztliche Direktor der Anstalt am Sonntag Vormittag während der Zeit des Gottesdienstes, wie gewöhnlich, zur Hauptvisite auf die Station kam. Von allen dort beschäftigten Schwestern — es mochten damals etwa zehn sein — traf er allein mich an; alle anderen waren zur Kirche kommandiert worden. Und was noch sonderbarer war: auch alle Patienten der gesamten Station, soweit sie nicht fest bettlägerig waren, hatte man mit Überredung und sanftem Zwange in den Besaal zur Abendmahlsfeier abgeführt. Der Sanitätsrat schritt kopfschüttelnd durch die halbleeren Säle und ärgerte sich nicht wenig über die eigenmächtigen Anordnungen der Oberin. Bei der üblichen Ordnung im Diakonissenhaus, welche alle Gewalt in den Händen der Oberin und des Geistlichen vereinigt und den Arzt fast rechtlos macht, besaß der Sanitätsrat jedoch kein Mittel, einer Wiederholung solcher Geschehnisse vorzubeugen.

Mit dem Kirchengehen war das überhaupt eine ganz eigene Sache dort. Während die Arbeit beständig so sehr drängt, daß für ausreichenden Schlaf und notwendige Erholung der Schwestern nicht gesorgt werden konnte, war doch immer Zeit vorhanden, wenn es galt, zum Gottesdienst zu laufen. Mehr Schwestern, als eigentlich auf den Stationen entbehrlich waren, wurden allsonntäglich zur Kirche befohlen. Und da gab es kein Widerstreben. Weder zu viel Arbeit, noch besondere Müdigkeit ließ man als Grund für Kirchenverhinderung gelten. Es war dazumal unter uns eine äußerst bleichsüchtige junge Probenschwester, die ohnehin auch noch ein wenig zu Niedergeschlagenheit und trüb sinnigen Gedanken neigte. Ich erinnere mich, daß sie verschiedene Male bei der Oberin vorstellig wurde, man möge ihr doch erlauben, die Zeit, die ihr zum Kirchenbesuch freigegeben war, lieber zum Ausruhen zu benutzen. Jedesmal wurde sie abschlägig beschieden; bei der dritten Wiederholung ihrer Bitte bekam sie sogar eine sehr demütigende Standrede, die ich selbst mit angehört habe, und die mich damals aufs äußerste erbitterte. Die

arme, junge Schwester sah aus wie der Kalk an der Wand, und mager, als könne jeder Hauch sie umblasen. Ich weiß, daß sie sich während der ganzen Woche bis aufs Blut anstrengte, um den harten Anforderungen nachzukommen, die die Arbeit an sie stellte; sie hat es auch, soviel ich weiß, nie an etwas fehlen lassen, so sauer es ihr wurde. Und da wagte man, ihr die lange Ruhestunde, um die sie bat, zu verweigern und sie statt dessen in die Kirche zu jagen. Angstlich und hilflos, wie sie mit ihren 18 Jahren war, schlich sie sich denn auch immer wieder hin. Sie ist nachher zugrunde gegangen. Wenn ich heute dran denke, packt mich der Grimm, und mir tut leid, daß ich damals selbst noch nicht weit genug war, um der armen Gequälten zu raten: „Werfen Sie doch den frommen Ausbeutern hier alles vor die Füße und retten Sie Ihre Gesundheit und Ihren Geist!“

Ja, damals waren wir leider fast alle zu unwissend und zu unerfahren, um uns helfen zu können. Wir trugen unser Joch ohne zu klagen und glaubten noch, dem Heiland damit zu dienen. Kaum wagten wir, uns mit einem lustigen Witz darüber hinwegzusetzen, daß man uns nach einer jeden Mahlzeit lange Seiten aus dem Andachtsbuch aufstichte, anstatt uns für eine Viertelstunde in die frische Luft in den Garten zu schicken. Sogar der Nachmittagskaffee wurde mit einer Verlesung aus dem „Junkte“ oder dem „Spengler“ beschloffen; und wenn eine von uns des Abends einmal zu angemessener Zeit ihre Arbeit auf der Station beendet hatte und gern zu Bette gegangen wäre, so war sie statt dessen gezwungen, in der ertötenden Langeweile des Schwesterzimmers, wo die Oberin und ein paar ältere Schwestern die Lust mit Kälte und Hochmut erfüllten und uns jüngeren kein lautes Wort gestatteten, aufzusitzen, bis es dem Herrn Pastor um halb 10 Uhr gefiel, die lange Abendandacht zu beginnen. Abgesehen hatten wir meist bis zur Abendandacht noch genug auf der Station zu tun; ja, oft mußten wir auch nachher noch dringende Sachen beenden, so daß wir, besonders nachdem wir zu etwas verantwortungsvolleren Posten aufgerückt waren, häufig nicht vor 11 Uhr schlafen gingen. Offiziell war das zwar verboten; aber was half das offizielle Verbot, wenn die Arbeit noch unvollendet war. Wie manches Mal habe ich da noch heimlich auf der Station die Bücher in Ordnung bringen, die Diätliste schreiben oder das Verbandzeug für den morgenden Tag zurechtmachen müssen. Danach galt es dann, möglichst leise in den Schlaftaal zu schleichen und ins Bett zu schlüpfen; denn die Oberschwester, die als Ordnungswächterin in jedem Schlaftaal der Probenschwestern schlief, durfte beileibe nicht bemerken, daß wir so unerlaubt spät schlafen gingen.

Daß bei einer derartigen Überlastung mit Arbeit von irgendwelcher Fortbildung für uns junge Schwestern nicht die Rede sein konnte, wird sich jeder denken. In der ununterbrochenen, ausreibenden Hitze wurden wir nach und nach so übermüdet und so stumpfsinnig, daß wir kaum ein Buch verstanden hätten, wäre selbst die nötige Muße dazu vorhanden gewesen. Das einzige, was uns an geistigen Genüssen und Anregungen zu Gebot stand, diente nur noch mehr dazu, uns zu verdümmen und unsere Geister zu veröden. Wir belamen alle Tage für die Religionsstunden beim Herrn Pastor viel zum Auswendiglernen auf, besonders Gesangbuchlieder und Bibelstellen. Ich persönlich hatte von Hause aus einen reichlichen Vorrat dieser Dinge in meinem Gedächtnis mitgebracht und habe somit nicht übermäßig viel mit dem Lernen zu tun gehabt. Die meisten anderen aber haben jede Minute, da sie sich mit rein mechanischer Arbeit beschäftigten, zum Beispiel mit Zurechtschneiden von Verbandmull, Legen von Kompressen, Blankputzen von Instrumenten usw. zum Auswendiglernen verwenden müssen. Da wurden dann die Bibelverse hastig und stumpfsinnig heruntergeleiert; und die Angst, am folgenden Tage nichts zu können, ließ keinen Gedanken an irgend etwas anderes aufkommen. Dadurch gelangten wir auch nicht dazu, über das Menschenunwürdige unserer Lage dort nachzudenken; und vielleicht war das auch ein Zweck, den man mit dem vielen Religionsunterricht, den qualvoll langen Andachten und dem übertriebenen Lernenlassen von Versen und Liedern verfolgte? Um dieses Zweckes willen wurde auch wohl unsere spärliche Vektüre, soweit sie etwa in einer Nachtwache, während einer Erkrankung oder an einem Sonntagabend möglich war, aufs strengste kontrolliert und geleitet. Geradezu lächerlich ist es mir jetzt, wenn ich mich erinnere, was für Direktiven man uns in dieser Hinsicht gab. „Romane,“ so ließ sich unser Pastor einmal in einer der Religionsstunden vernehmen, „Romane sind durchaus verwerflich für Schwestern; auch die Dramen der großen Klassiker — so wertvoll sie ja in gewisser Hinsicht genannt werden können — sind nichts für Sie! Besonders warne ich Sie vor einigen Werken, deren Vektüre ich Ihnen sogar geradezu verbieten muß. Es sind dies: Schillers „Räuber“, Schaffers „Eckehard“ und alle Bücher von Georg Ebers!

Es gibt ja so viele schöne Erzählungen christlicher Schriftsteller, wie zum Beispiel Funke, Fries, Frommel, daß Sie in den wenigen Stunden, die Sie etwa für Vektüre frei haben, niemals in Verlegenheit kommen können. Haben Sie einmal Lust, ein gutes Gedicht zu lesen, so ist auch hier vor den Klassikern für Sie zu warnen. Halten Sie sich an die vielen lieblichen geistlichen Lieder, an denen wir ja so reiche Schätze haben!

Ich will mit diesen paar kurzen Erinnerungen für heute schließen. Sie ließen sich leicht um das Fehnfache vermehren. Und immer würde das gleiche daraus klar werden: in vielen Anstalten ist in schmählicher Weise für das leibliche und geistige Wohl der Schwestern gesorgt, die hier ihre Kraft und Jugend zur Verfügung stellen. Es zeigt sich auch auf diesem Gebiet noch gar wenig Anstrengung, Wandel zu schaffen und die Mißstände abzuändern. In den Reihen der Schwestern selbst ist noch zu viel Gleichgültigkeit und Unwissenheit betreff des Schadens, den man ihnen antut. Jede Regung in dieser Richtung ist freudig zu begrüßen; in viel höherem Maße sollten Einzelheiten aus diesen Verhältnissen an die Öffentlichkeit gebracht und viel lauter sollte nach Abhilfe gerufen werden. Auch hier kann nur der Zusammenschluß der Ausgebeuteten helfen; die Befreiung von der Vormundschaft gewissenloser Unterdrücker muß durchgesetzt werden.

Gannah Lewin-Dorsch.

Säuglingsernährung und Säuglingssterblichkeit.

III.

Man könnte meinen, daß wir die größere Kindersterblichkeit bei Ernährung mit Kuhmilch in genügender Weise erklärt haben. Aber was heißt etwas erklären? Eine Erscheinung erklären, heißt sämtliche Tatsachen auffindig machen, die dieser Erscheinung zugrunde liegen. Wollen wir die größere Kindersterblichkeit bei Ernährung mit Kuhmilch erklären, so müssen wir vorerst alle Tatsachen berücksichtigen, die von Einfluß auf die Kindersterblichkeit überhaupt sind, und dann diejenigen von ihnen herausuchen, welche bei Ernährung mit Kuhmilch zu größerer Wirksamkeit gelangen können.

Sehen wir zu. Wir wissen, daß die Sterblichkeit bei den Armen größer ist als bei den Reichen. Namentlich gilt das für die Kinder, besonders für die kleinsten von ihnen, für die hilflosen Säuglinge. Alle Schäden, an denen das Leben des Proletariats in gesundheitlicher Beziehung so reich ist, treffen mit vermehrter Kraft den Säugling. Man kann das aus Zahlen ersehen, die über die Kindersterblichkeit in verschiedenen Schichten der Bevölkerung vorliegen. Die Kindersterblichkeit in der ärmeren Bevölkerung, namentlich in Fabrikarbeitertreihen, ist zwei-, drei-, ja viermal so hoch als in den Kreisen der Wohlhabenden!

Man kann nun einwenden, daß es nicht die Armut sei, die das Elend der Kindersterblichkeit hervorruft: es sei der Unwille der Arbeiterfrauen zu stillen, „der Unverstand der Massen“, der immer herhalten muß, wenn es gilt, das Elend der Volksmassen zu verleugnen und sie zu Ruß und Fronnen der Herrschenden noch stärker in ihrer Lebenshaltung herabzudrücken. Doch ein solcher Einwand ist ganz unbegründet: es ist festgestellt, daß die Zahl der stillenden Frauen unter den Armen höher ist als bei den Reichen. Eine ältere Statistik aus Berlin (1895) befragt zum Beispiel, daß die Zahl der mit Muttermilch ernährten Kinder in den Familien der Armen (Familien mit wenig Wohnräumen) beinahe fünfmal so hoch ist als bei den Reichen. Es werden von je hundert Kindern des ersten Lebensjahres ernährt mit Muttermilch:

In Familien mit 1 Wohnraum	50 Kinder,
„ „ „ 2 bis 3 Wohnräumen	45 „
„ „ „ 4 „ 6 „	25 „
„ „ „ 7 „ 10 „	18 „
„ „ „ 11 und mehr „	10 „

Dasselbe befragen Zahlen aus anderen Städten.

* Mit der Wohlhabenheit nimmt natürlich die Zahl der Kinder zu, die Ammenmilch erhalten. Aber trotzdem wird bei den Wohlhabenden nicht die Zahl der Brustkinder erreicht, die wir bei den Armen antreffen. So beträgt bei den höheren Stufen der Wohnungen die Zahl der Mutterbrust- und Ammenkinder zusammen je 35 bis 37 von hundert Kindern.

So sind wir vor die Tatsache gestellt: die Kindersterblichkeit ist bei den Armen höher, trotzdem die Zahl der mit Muttermilch ernährten Kinder bei den Armen höher ist als bei den Reichen. Es folgt daraus, daß die Lebensbedingungen des Proletariats die Kindersterblichkeit bei den Armen erhöhen.

Fragen wir uns nun, an welchen Krankheiten namentlich die Kinder der Armen sterben? Darüber sind Zahlen in verschiedenen Städten gesammelt worden, und es hat sich herausgestellt, daß Todesfälle an Magen- und Darmkatarrh bei den Kindern der Armen sehr häufig, bei den Kindern der Reichen sehr selten sind. Dabei ist es sehr interessant, daß in vier untersuchten Städten die Verhältnisse in dieser Beziehung ganz gleichmäßig waren. Von hundert an Magen- und Darmkatarrh gestorbenen Kindern des ersten Lebensjahres gehörten:

Zu den Notdürftigen	60 Kinder
„ „ Armen	36 „
Zum Mittelstand	4 „
Zu den Reichen	4 „

Bei den Reichen sterben also nur sehr selten Kinder an Magen- und Darmkatarrh, trotzdem bei ihnen verhältnismäßig viel mehr Kinder mit Kuhmilch ernährt werden als bei den Armen.

Wir sehen also, daß die Lebensbedingungen des Proletariats die Sterblichkeit der Kinder erhöhen, und daß unter den Todesfällen die an Magen- und Darmkatarrh eine bedeutende Rolle spielen — dieselben Krankheiten, an denen, wie wir im vorigen Abschnitt gesehen haben, namentlich Flaschenkinder zugrunde gehen. Dabei ist die Zahl der Flaschenkinder bei den Armen verhältnismäßig geringer als bei den Reichen! Es folgt aus all diesen Tatsachen, daß die Ernährung mit Kuhmilch für die Armen noch ihre besonderen Schäden haben muß, die für die Kinder der Reichen nicht in Betracht kommen, und daß diese besonderen Schäden in den Lebensbedingungen des Proletariats zu suchen sind.

Dr. A. Lipsius.

Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Brüssel.

II.

Bisher sahen wir die Frau mehr hinter als auf der Weltausstellung, das heißt wir erkannten an den zur Schau gestellten Waren die fleißige und geschickte Mitwirkung der Frau im Produktionsprozeß aller Länder und aller Industrien. Unser geistiges Auge erblickte sie in den staubgeschwängerten Sälen von heimischen Spinnereien und Webereien, in den Fabriken für Herstellung von Spielwaren, Musikinstrumenten, buchgewerblichen Erzeugnissen, feineren Metallwaren, kurz überall, wo Waren erzeugt werden. Aber die Brüsseler Weltausstellung zeigt uns die Frau auch näher. Da hat Belgien ein Palais des travaux feminins errichtet, einen „Palast der weiblichen Arbeiten“. Hier sind Frauen und Mädchen in allen Arbeiten tätig, die als speziell weibliche bezeichnet werden. Im lichten, luftigen Saale sitzen sie da bei kunstvollen Stickereien, beim Nähen von Hüten, als Modistinnen, als Spitzenknöpplerinnen, bei Buchbinderarbeiten, bei der Posamentenfabrikation, beim Teppichsticken, als Handschuhnäherinnen, bei Kartonnagearbeiten, bei der Fabrikation künstlicher Blumen, bei Tapissereien, bei der Zigarren- und Zigarettenfabrikation, bei der Renovierung gebrauchter Gegenstände aller Art; kurz in allen den verschiedenen Heim- und Fabrikarbeiten, an denen die Frau hervorragend beteiligt ist.

Das sieht sich so lieblich an. Munter, leicht und ungezwungen werden die Arbeiten verrichtet; kein Aufpasser steht hinter den Arbeiterinnen; kaum sechs Stunden täglich dauert die Arbeit. In schmucker Kleidung sitzen oder stehen die Arbeitenden da. Und wollen sie ausruhen, hindert sie niemand daran. Munter plätschert das Brünnelein lustiger Rede von Tisch zu Tisch. Es muß das reine Vergnügen sein, eine wahre Erholung für Leib und Seele, solche Arbeit zu verrichten. Wie können die Hezer nur über das Elend von Heimarbeit Klagen

verbreiten! Hier sieht man es ja, daß solche Arbeit eine Freude, eine Erquickung für Frau und Mädchen bedeutet. Und sie unterhalten sich leutselig mit den Arbeiterinnen, die feudalen Herren und vornehmen Damen, die das „Palais der weiblichen Arbeiten“ besuchen, und das „superbe“ und „magnifique“ der Franzosen und Französinen wechselt ab mit dem „wonderful“ der Engländer und Engländerinnen und dem „reizend“, „prächtig“, „großartig“ der Deutschen. — Ach, es ist doch viel Schwindel bei solch einer Ausstellung. Wenn die weibliche Heim- und Fabrikarbeit so wäre, wie sie sich hier vorstellt, dann könnte man sie sich schon eher gefallen lassen. Aber so ist sie eben nicht. Vor mehreren Jahren haben die deutschen Gewerkschaften in Berlin ein wahres Bild über Art und Wesen der Heimarbeit ausgestellt, und das war erschrecklich düster und traurig. Auch in London, Amsterdam, Zürich haben solche der Wahrheit entsprechende Ausstellungen über die Heimarbeit in England, Holland, der Schweiz stattgefunden, und sie ergaben dasselbe Unmaß von Elend und gesundheitlicher Zerrüttung der an sie gefesselten weiblichen Arbeitsflaven.

Auch Brüssel, das sei dem Komitee zu Dank nachgesagt, bietet in seiner Weltausstellung außer dem „Palast der weiblichen Arbeiten“ uns noch ein unverfälschtes Bild über belgische Heimarbeit. Es ist das erstmal, daß man das auf einer Weltausstellung gewagt hat. Weder in Wien 1873, noch auf den Weltausstellungen in Paris 1889 und 1900 habe ich gleiches gesehen. Freilich nicht inmitten des Schaugepränges, sondern in der äußersten östlichen Ecke befindet sich der Elendswinkel; wohl kaum der zwanzigste Teil aller Besucher verirrt sich hierher. Schon das Plakat, das uns auf diesen verlorenen Teil hinweist, ist glücklich entworfen. Auf dem Plakat ist eine abgeraderte, vergrämte alte Spitzentlöpplerin abgebildet, deren müdes Auge durch eine großgläserige Brille mit Stahlfassung blickt, und deren fleischlosen Hände uns von lebenslangem Hunger erzählen. Kleine, verfallene Häuschen verkriechen sich unter den Büschen. So trifft man sie in den entlegenen Dörfern Flanderns und im wallonischen Teile der Ardennen. Wir treten ein, gebückt, weil die Tür zu niedrig ist. Das ganze Innere bildet einen Raum; an Stelle der Wände teilt eine dünne Strohmatte ihn in zwei ungleiche Hälften. Vergebens suchst du irgend eine Bequemlichkeit, einen Bierat. Der Tisch kaum gehobelt; rohe Schemel als Stühle; eine Bettkiste muß der ganzen Familie als Nachtlager dienen; wer nicht Platz findet, bettet sich daneben auf Stroh, das auf den ungedielten Lehm Boden gestreut ist. Und in diesem Raum müssen tagsüber alle arbeiten, Mann, Frau, Kinder. Ein widerlicher, atembeklemmender Geruch strömt aus dem Wollballen entgegen, dessen Bestandteile von der Frau dort — oder ist's ein Mädchen? man kann es nicht unterscheiden — zerzupft und fortgerollt werden. Diese Arbeit verrichtet die Arme tagaus tagein. Und wenn sie vom frühesten Morgen bis zur sinkenden Nacht eine Woche lang sich abgequält, sich kaum Zeit zum Essen genommen hat, dann mag sie 3 Mk. verdient haben, 2,40 Mk. oder auch weniger. Sie braucht sich keine Zeit zum Essen zu nehmen, denn sie hat nichts zu essen. Diese Heimarbeiterin hustelt. Wie lange noch?

Dort ist eine Strohflechterin bei der Arbeit. Sie hat im Vergleich zu ihrer Nachbarin ein königliches Einkommen: 6 Fr. wöchentlich (4,80 Mk.). Die hat leicht fröhlich sein! Auch eine Weißnäherin und eine Handschuhmacherin sitzen in ihrem traurigen Stübchen. Sie nähen und nähen Stuch um Stuch, Faden um Faden; aber ihr Leben wird eher ein Ende nehmen als ihre Freundlosigkeit. Harte Entsagung und erloschene Hoffnung künden Wangen und Auge.

Auch männliche Heimarbeit wird ohne Beschönigung gezeigt: vom Flickschuster, vom Korbflechter, vom Tischler, vom Schneider. Diese alle bewohnen gemeinsam ein Haus, das in einzelne Gänge geteilt ist, die nach innen zu offen sind, so daß man sechs, acht Heimarbeiterhäuser sozusagen auf einen Blick überschauen kann, da die Vorderwände dieser Häuschen fehlen. Der eine hat sein Heim mit einem Marienbild oder einem Kreuzfingerring geschmückt. Er ist gläubiger Katholik. Der andere hat ein

Napoleonbild oder seinen König an die Wand gehängt. Der dritte setzt seine Hoffnung auf den Sozialismus: sein „Zimmer“ wird durch das Bild Anseeles oder anderer sozialistischer Führer geschmückt, das er aus einer Zeitschrift geschnitten hat, um es immer vor Augen zu haben. Trostlos ist der Eindruck, den eine kleine Dorfschmiede hinterläßt. Der Schmied schlägt emsig mit seinem großen Hammer auf das glühende Stück Eisen, das er von Zeit zu Zeit ins offene Feuer auf seinem Herde hält, um ihm endlich die gewünschte Form geben zu können. Das Gebläse wird in Gang gehalten durch ein Rad, in dessen Gehäuse ein mittelgroßer Hund gesperrt ist. Der arme Rüter muß unaufhörlich das Rad treten und kommt doch nicht von der Stelle. Er hat sich offenbar in sein Schicksal stumpf ergeben. Die Zunge hängt ihm aus dem Rachen, aber er muß treten und treten, bis die Arbeit fertig ist und der Schmied ihn herausläßt. Wenn er so stundenlang im gleichen Schritt im Rade trotten muß und er draußen andere Hunde frei herumlaufen und miteinander spielen sieht, ob ihm dann wohl die lästerliche Empfindung aufsteigt, warum denn gerade er verurteilt sein soll, sein Lebtag im Tretrad zu stecken? Er mag sich trösten. Auch unter den Hunden gibt es Proletarier und im Überfluß lebende Nichtstuer. Und der Schmied? Sein ausdrucksloses Gesicht läßt vermuten, daß er ohne jede Erregung sein Weib oder sein Kind in das Tretrad sperren würde, wenn der Hund ihm krepirt. Der Blasebalg muß das Schmiedefeuer schüren. Das ist die Hauptsache. Macht's der Hund nicht mehr, so mag's die Frau tun oder das Kind. Ihm gilt das gleich.

Die Hilflosigkeit des Klein- und Zwergebetriebs gegenüber der Großindustrie und die zwecklose Kraftverschwendung beim Kleinhandwerk treten selten so klar vor das Auge, als wenn man soeben die gewaltigen Maschinenhallen besucht hat und dann unvermittelt an diese Stelle des verlassen Elends gelangt ist. Was der Schmied, der Tischler, der Schneider in einer ganzen Woche zustande bringen, hätte mit den vorhandenen Hilfsmitteln der Technik in wenigen Stunden gefertigt werden können. Auch sie, die hilflosen Kleinhandwerker, die vielfach noch in uns Sozialdemokraten die Vernichter ihrer wirtschaftlich selbständigen Existenz erblicken — eine Existenz übrigens, die sie in Wirklichkeit gar nicht haben — werden uns als ihren Errettern und Befreier dankbar sein, wenn erst die heutige Produktions- und Besitzordnung beseitigt sein wird, die Männer wie Frauen zum freudeleeren Dasein verdammt.

In der Abteilung für Erziehung und Unterricht tritt die Frauenarbeit wiederum deutlich hervor. Deutschland, Belgien und Holland haben diesem Zweige des Ausstellungswesens besondere Sorgfalt gewidmet. Vor allem ist die deutsche Unterrichtshalle gar prächtig herausgeputzt worden. Auch hier viel falscher Schein! Wie in der Wirklichkeit die Heimarbeit absticht vom „Palast der weiblichen Arbeiten“, so unterscheidet sich die durchschnittliche deutsche Landschule, namentlich die ostpreussische, von den gefälligen, nach allen Regeln der Pädagogik und Hygiene eingerichteten Klassenräumen, die hier zur Schau stehen. Welche Landschule hat alle die Anschauungsmittel, die dem Lehrer das Lehren, dem Schüler das Lernen erleichtern, wie sie hier in erstaunlicher Schönheit und Mannigfaltigkeit zu sehen sind? In welchem Dorfe gibt es einen Kindergarten mit gut vorgebildeten Lehrerinnen wie hier? Vor allem ist auch nicht mit ausgestellt der finstere Geist des Gewissenszwanges und des hurrapatrischen Drills, der auf der deutschen Volksschule lastet. Unendlich viele Schülerarbeiten aller Art sind ausgelegt; aber vergeblich sucht man unter den zahlreichen Tabellen nach einer, die dem Beschauer zeigt, ein wie unsinnig hoher Prozentsatz aller Unterrichtsstunden auf religiöse Einpaulei fällt und das, was drum und dran hängt. Was nützt am Ende alle die äußere Mache, wenn die Kinder des Volkes systematisch zu geistigen Kasstraten erzogen werden?

Keinen Teil der deutschen Ausstellung habe ich so unbefriedigt verlassen wie den für Unterricht und Erziehung. Gerade weil hier der Staat ohne weiteres durchgreifend bessern könnte, wenn er nur wollte, fällt der Reklameschwindel, der in Brüssel mit dem deutschen Volksschulwesen getrieben wird, auf die Nerven.

Lieber schüttet das Deutsche Reich Hunderte von Millionen in den dürren Sand Südafrikas, lieber baut es noch ein halbes Duzend Kriegsschiffe mehr, deren jedes 45 Millionen und darüber kostet und die in wenigen Jahren doch nur noch den Wert von altem Eisen haben, als daß es überall moderne Volksschulen errichtet, sie mit den besten Lehrmitteln ausstattet und den Geist der Freiheit in die Schulräume einziehen läßt. So verlangt es das Wesen des Klassenstaats, der von den Kapitalisten beherrscht wird.

Kinderbrutanstalten sind eine neue Errungenschaft, die in zwei Exemplaren erstmalig auf der Brüsseler Ausstellung zu sehen sind. In geschlossenen Glaskästen von etwa je einem halben Meter Höhe, Breite und Tiefe, die stets unter gleicher Temperatur gehalten und beständig mit frischer Luft versehen werden, liegen vorzeitig geborene Kinderchen, die bereits nach sechs bis sieben Monaten den Mutterleib verlassen haben und nun hier unter beständiger Aufsicht von Wärterinnen gepflegt werden. Von Zeit zu Zeit reicht eine Amme ihnen die Brust; dann werden sie wieder in den Glaskästen gelegt und schlafen weiter. Monatlang bleiben sie in dem Kasten, bis sie sich genügend entwickelt haben. Wärme und Weichheit des Lagers sollen ihnen den Mutter Schoß ersetzen. Die eine Wärterin, eine lebhaft Französin, die ganz in der Sorge für ihre sechs Schutzbefohlenen ausging, war sehr stolz, es würden sehr günstige Erfolge erzielt, nur wenige der Säuglinge ereile der Tod. Mit besonderer Gemüthlichkeit zeigte sie die Aufzeichnungen, auf denen die halbwöchentliche Zunahme an Gewicht, Körperlänge und Umfang notiert werden. Als ich sie fragte, ob unter den Wärtern sich auch Kinder vornehmer Frauen und Mädchen befänden, erwiderte sie in energischer Verdoppelung der Verneinung und offenbar in erschreckter Empörung, daß man an so etwas überhaupt denken könne: „O non pas!“ Das „O nein, nicht!“ hätte ich mir im voraus denken können. Ob alle diese künstlich am Leben erhaltenen Proletariatskinder später Anlaß haben werden, dafür dankbar zu sein, daß man sie nicht sterben ließ?

A. Th.

Auf dem Wege zur Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen in der Holzindustrie.

Die Gewerkschaftsbewegung trägt die Tendenz in sich, die Arbeitsbedingungen zu vereinheitlichen. Zunächst einmal innerhalb des örtlichen Arbeitsgebietes. An ein und demselben Orte dürfen nicht Betriebe eines Berufs dauernd unter schlechteren Arbeitsbedingungen arbeiten als andere. Schon um die Arbeitsbedingungen in den einen Betrieben günstig zu halten, müssen sie in den anderen auf dieselbe Höhe gebracht werden. Wie aber die Gewerkschaften längst über den örtlichen Rahmen hinausgewachsen sind, so hat sich auch der Geltungsbereich des Grundsatzes der einheitlichen Regelung der Arbeitsbedingungen erweitert. Eine solche Regelung für den einzelnen Ort wird überholt durch das Streben, die Arbeitsbedingungen für größere Bezirke einheitlich vorteilhaft für die Arbeiter zu gestalten. Die Verkehrstechnik hat den Faktor der Entfernung ausgeschaltet. Ein Ort mit niedrigeren Löhnen vermag unter Umständen der Arbeiterschaft eines entfernten Ortes mit hohen Löhnen lebhafte Konkurrenz zu bereiten, zumal wenn es sich um leicht transportable und hochwertige Produkte handelt und die Arbeitsmethoden im übrigen gleichwertig sind. Einheitliche Arbeitsbedingungen liegen dann im Interesse der Arbeiter wie der Unternehmer. So hat das Buchdruckgewerbe schon seit vielen Jahren seinen Reichstarifvertrag, der die Arbeitsverhältnisse jedes Ortes bis in die kleinsten Einzelheiten regelt. Schiedsgerichte erledigen die etwa entstehenden Differenzen. Als oberste Instanz fungiert das „Tarifamt der deutschen Buchdrucker“, dessen Urteile für die Parteien verbindlich sind. Der gegenwärtig geltende Tarifvertrag läuft am 1. Januar 1912 ab, falls er zum 30. Juni 1911 gekündigt wird.

Dem Beispiel der Buchdrucker folgend, haben unter anderen die Chemigraphen und Kupferdrucker, die Xylographen und die Lichtdrucker, sowie im Jahre 1909 die Bäcker und die Transportarbeiter mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine, und im Frühjahr 1910 die Maler und hierauf die Bauarbeiter Reichstärife abgeschlossen, die allerdings nicht annähernd die Vollendung und Detaillierung des Buchdrucker tariffs aufweisen.

Auch in der Holzindustrie bestehen gewisse einheitliche Grundsätze für die Regelung der Arbeitsbedingungen, wenn auch nicht in sehr festen Formen. Das ständige Zusammentreffen zweier großer Organisationen bei den Verhandlungen, des Deutschen Holzarbeiterverbandes und des Arbeiterschutzesverbandes für das deutsche Holzgewerbe, hat ganz von selbst zur Herausbildung einzelner Normen geführt, so für den Mindest- und Durchschnittslohn, für die Bau- und Montagezuschläge, für die Bestimmungen über die Schlichtungskommissionen. Auf einer Konferenz der beiden betreffenden Zentralvorstände, die im Oktober 1907 in Kassel stattfand, haben die Arbeitgeber sogar die von den Arbeitern aufgestellten „Regeln für die Klasseneinteilung der Städte hinsichtlich der Arbeitszeit“ im Grundsatz anerkannt.

In diesen „Regeln“ heißt es unter anderem:

„Von den Fragen, welche durch allgemeine Vereinbarungen in erster Linie lösbar sind, bietet die Regelung der Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe im Verhältnis zur Lohnfrage und anderen die geringeren Schwierigkeiten. Nachdem in den meisten größeren Industrieorten bereits der Neunstundentag eingeführt ist, in den Großstädten eine noch kürzere als die 8 1/2 stündige wöchentliche Arbeitszeit, und in den namhaften mittleren Orten fast allgemein eine Maximalarbeitszeit von 57 und weniger Stunden pro Woche schon besteht, kann als nächstes Ziel der geplanten Städteinteilung aufgestellt werden, die Höchstdauer der Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe baldigst auf 9 1/2 Stunden pro Tag zu beschränken und eine Klassifizierung in dem Sinne in Aussicht zu nehmen, daß die normale vertragliche Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe in absehbarer Zeit auf neun Stunden pro Tag festgesetzt wird, wie dieselbe zum Beispiel im Buchdruckgewerbe bereits seit Jahren vertraglich vereinbart ist. Daß in den Großstädten mit ihrer großen räumlichen Ausdehnung und den weiten Entfernungen von den Arbeiterwohnungen zur Arbeitsstätte auch in Zukunft eine kürzere als die normale Arbeitszeit besteht, muß nach wie vor als berechtigt anerkannt werden.“

Um eine einheitliche Regelung aller Arbeitsbedingungen über ganz Deutschland zuzulassen, liegen in der Holzindustrie jetzt und wohl auch noch für absehbare Zeit die Verhältnisse zu verschieden. Dagegen haben sich seit der großen Aussperrung von 1907 umfangreiche Vertragsgruppen herausgebildet, die einen einheitlichen Ablaufstermin um Mitte Februar jedes Jahres haben, die Kündigungsfrist läuft ein Vierteljahr, doch können die Verträge auch einzeln, unabhängig von der Gruppe, gekündigt und erneuert werden. Verträge, die nicht zur Kündigung gelangen, laufen jeweils ein Jahr weiter. Diese einzelnen Vertragsgruppen bilden in der Hauptsache das Resultat gemeinsamer Abschlußverhandlungen für alle beteiligten Orte. Das hat zur Folge gehabt, daß die Verträge einer Gruppe einen gleichartigen Aufbau zeigen und verschiedentliche Bestimmungen einheitlich aufweisen. Neben der Form nähert sich aber auf diese Weise unwillkürlich auch der Inhalt der Tarifverträge, soweit dies die Verschiedenartigkeit der lokalen Verhältnisse heute überhaupt zuläßt.

Als im Vorjahr sich die Kündigungsmöglichkeit für die erste Gruppe (von 1907) bot, kündigten die Arbeiter nur einen Teil der Verträge. Die Arbeitgeber glaubten durch die ungeschmälerte Erhaltung der ganzen Vertragsgruppe ihre Stellung zu stärken und kündigten deshalb den Rest der Verträge. Sie konnten dadurch aber der entschlossenen Haltung der Arbeiter gegenüber nicht verhindern, daß diese einen glänzenden Abschluß der großen Tarifbewegung erreichten. Wir haben derzeit eingehend darüber berichtet.

Bei den meisten der späterhin im Laufe des Jahres 1910 abgeschlossenen Tarifverträge haben die Arbeiter die vierjährige statt der seitherigen dreijährigen Geltungsdauer durchgesetzt, so daß dadurch eine neue vierte Vertragsgruppe entstand.

Jetzt nähert sich die zweite Gruppe, die im Frühjahr 1908 bereits unter der Wirkung der Wirtschaftskrise abgeschlossen wurde, ihrem Ablaufstermin. Es kann niemanden wundern, daß in den meisten der beteiligten Orten sich jetzt das Verlangen nach einer Neuregelung der Arbeitsverhältnisse geltend macht. Hat doch schon allein die inzwischen eingetretene Reichsfinanzreform den Arbeitern erhöhte Lasten aufgebürdet. Das mußte selbst der Vorsitzende des Arbeiterschutzesverbandes, der preussische Landtagsabgeordnete und Berliner Tischlerinnungsoberrmeister Rahardt zugeben. Dieser Herr begründete auf dem Tischlerinnungstag 1910 in Stettin das Entgegenkommen der Vertreter der Unternehmer gegenüber den Arbeitern unter anderem auch mit folgendem:

„... Als Menschen und als frühere Gesellen — denn die meisten von uns sind aus dem Gesellenstand hervorgegangen — haben wir uns auf den menschlichen Standpunkt stellen müssen, daß durch

die Finanzreform mit ihren erheblichen Mehrausgaben die Forderung der Arbeiter auf eine Erhöhung der Löhne gerechtfertigt erscheinen.“

Soll der kulturelle Aufstieg der Arbeiterklasse sich weiter vollziehen, so genügt es aber nicht, nur einen Ausgleich für die Mehrleistungen an die Staatskasse und die Taschen der Junker und Großkapitalisten zu erhalten. Die rückständigen Verhältnisse vieler Orte schreien förmlich nach einem Ausgleich mit denen vorgeschrittener Bezirke. Der Holzarbeiterverband hat daher die Tarifverträge in den Orten Bremen, Breslau, Chemnitz, Detmold, Eisenach, Elberfeld, Elbing, Finsterwalde, Forst, Hlôha, Hamburg, Helmstedt, Herford, Jena, Kellheim, Kirchheim u. L., Neumünster, Osnabrück, Posen, Stralsund, Stuttgart, Swinemünde und Wilhelmshagen zum Februar 1911 gekündigt.

Nach den Verträgen dieser 23 Orte arbeiteten seither rund 16000 Holzarbeiter. Trotzdem die Beteiligung weit hinter der an der letztjährigen Tarifbewegung zurückbleibt — damals kamen zirka 40000 Arbeiter in Betracht —, hat die jetzige Aktion kaum geringere Bedeutung als jene. Um so weniger, als sich diese stets wiederkehrenden Erneuerungen des Tarifs zu maßgebenden Stappen im Aufstieg der deutschen Holzarbeiterschaft ausbilden. Der Holzarbeiterverband mit seinen etwa 162000 Mitgliedern sieht geschlossen hinter den Vertragsorten.

Die Form, in der sich diese großen Lohnbewegungen immer mehr abspielen, zwingt aber in steigendem Maße jeden einzelnen Arbeiter, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen, wenn er einen Einfluß auf die Gestaltung seiner Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausüben will. Diese großen Bewegungen erwecken dabei Interesse weit über den Kreis der zunächst Beteiligten hinaus. lk.

Zum Streik in der Vielesfelder Wäscheindustrie.

Nach der Nähmaschinen-, Fahrrad- und Automobilindustrie ist es die Wäscheindustrie, die in Vielesfeld die meisten Arbeiter beziehungsweise Arbeiterinnen beschäftigt. Zu den rund 5000 Arbeiterinnen und 900 Arbeitern, die in den Wäschefabriken schaffen, kommen noch gegen 2000 Heimarbeiterinnen, so daß annähernd 8000 Proletarier in der Wäscheindustrie ihr Brot suchen. Hauptkonzentrationsort des Gewerbes ist Berlin.

Wie die obigen Zahlen ausweisen, ist es die Frauenarbeit, die bei weitem vorherrscht und den Arbeitsbedingungen ihr Gepräge gibt. Frauenarbeit ist in der Regel schlecht entlohnt, schlecht gestellte Arbeit. Das bestatigen auch die Verhältnisse in der Wäscheindustrie.

Es überwiegen die Arbeiterinnen im Alter von 14 bis 18 Jahren; die Lehrlingszucht blüht. Die Anfängerinnen werden durch Lehrverträge für mindestens zwei Jahre an den Betrieb gebunden. Tatsächlich tritt jedoch an die Stelle gründlicher Ausbildung die Ausbeutung. Die Plätterinnen lernen zum Beispiel nur zwei bis drei Monate. Die Lehrlinge werden älteren Arbeiterinnen unterstellt, die meist im Accord beschäftigt sind und die jungen Arbeiterinnen nach ihrem Ermessen entlohnen. Daß die Lehrverträge purer Schein sind, daß sie nur die hochgradige Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte sichern und die angeleiteten Arbeiterinnen an den Betrieb fesseln sollen — damit ja die Konkurrenz nichts aus ihnen herausholen kann —, das beweisen die folgenden Paragraphen aus einem Lehrvertrag für Plätterinnen: Es heißt da: „§ 2. Die ersten acht Wochen der Lehrzeit sind unentgeltlich. Der danach beginnende Verdienst richtet sich nach den geltenden Stücklöhnen. § 4. Der Lehrling ist der mit seiner Ausbildung beauftragten Person zur Folgsamkeit und Treue, zu Fleiß und anständigem Betragen verpflichtet.“ Nur in den ersten acht Wochen ist jemand mit der Ausbildung der „Lehrlinge“ beauftragt. In den zwei Jahren, die auf die acht Wochen folgen, arbeiten die „Lehrlinge“ ohne jede Anleitung, ohne jede sie ausbildende „Person“.

Manche Wäschefabrikanten kümmern sich wenig um die gesetzlichen Bestimmungen über Arbeitszeit und Mitnahme von Arbeit nach Hause. Die Gewerbeinspektion hat daher oft Gelegenheit, einzuschreiten. Bekanntlich dürfen nach der Gewerbeordnung Arbeiterinnen, die weniger als zehn Stunden täglich im Betrieb arbeiten, höchstens so viel Arbeit mit nach Hause nehmen, daß dadurch im ganzen eine zehnstündige Arbeitszeit nicht überschritten wird. An Sonnabenden darf überhaupt keine Arbeit mitgenommen werden. Wegen diese Vorschriften wird sehr viel gekündigt. Aus Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiterinnen müßte dem gesteuert werden. Die Krankheitsziffern der Wäschearbeiterinnen beweisen, daß ihre Arbeitszeit eine viel zu lange ist. Die Mitnahme von Arbeit nach Hause würde natürlich sofort bedeutend nachlassen, wenn die Löhne bessere wären. Aber wie sieht es damit aus?

Nach einer Statistik schwanken die Wochenlöhne der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Wäscheindustrie zwischen 6,74 M. und 22,11 M. Der Durchschnittsverdienst von 21 Zuschneidern, die der Organisation Angaben über ihre Löhne machten, betrug 88,50 M. pro Monat. Allerdings handelt es sich dabei um jüngere Zuschneider, die älteren von ihnen verdienen bis zu 150 M. und darüber im Monat. Leider halten sie sich der Organisation fern, und die Statistik konnte daher ihr Einkommen nicht erfassen. Für 5918 beschäftigte Arbeiterinnen und Arbeiter stellte sich der Durchschnittslohn pro Woche wie folgt: 1351 verdienten 6,74 M.; 1106 10,57 M.; 904 12,60 M.; 1253 16,98 M.; 360 18 M.; 434 22,11 M. und 505 darüber. Also 3361 Beschäftigte wurden nur mit 6,74 bis 12,60 M. in der Woche entlohnt und bloß 2552 kamen über einen Lohn von 12,60 M. hinaus. Kein Zweifel, daß ein Umstand von verhängnisvollem Einfluß auf die Arbeitsbedingungen in der Wäscheindustrie gewesen ist. Lange Zeit hat sich die Mehrzahl der Arbeiterinnen der Gewerkschaft ferngehalten. In der Wäscheindustrie findet ein starker Wechsel der Beschäftigten statt und erschwert außerordentlich die gewerkschaftliche Erziehung der lohnfrondenden Frauen und Mädchen. Die meisten jungen Arbeiterinnen glauben außerdem noch immer, die Organisation habe für sie keinen Zweck, da sie nur einige Jahre erwerbstätig sein und dann heiraten würden. Wie aber gestalten sich die Dinge nach der Verheiratung? Der im allgemeinen unzulängliche Verdienst des Mannes zwingt die Frau, Jahr für Jahr als Heimarbeiterin zu verdienen, damit die Kosten des Haushaltes bestritten werden können. Das geht so lange, bis Krankheit oder Kinderlegen den Verdienst immer geringer werden lassen und zuletzt das Aufgeben der Heimarbeit notwendig machen. Leider ist die Lehre dieses Tatbestandes den jungen Mädchen und auch den Frauen nicht so leicht beizubringen. Sie verschließen sich der Erkenntnis, wie bitter not der gewerkschaftliche Zusammenschluß tut. Die unterlassene Pflicht wirkt auf die Arbeitsbedingungen zurück. In den letzten Jahren ist es nun in dieser Beziehung etwas besser geworden. Die Arbeiterinnen begannen zu sehen, daß die Industriellen namentlich im letzten Jahrzehnt gute Geschäfte gemacht haben. Aus kleinen Betrieben sind große Fabriken geworden; modern eingerichtete Gebäude wurden erstellt. Alles dies ließ darauf schließen, daß die Unternehmer reiche Gewinne eingefädelt hatten. Den Arbeiterinnen kam die Frage nach dem Wohle dieser Gewinne und auch die richtige Antwort darauf. Des weiteren zwang die steigende Verteuerung des Lebensbedarfs geradezu die Erkenntnis auf, daß die Löhne erhöht werden müßten. Der stolte Geschäftsgang zur Winteraison ließ bei den Arbeiterinnen den Gedanken reifen, endlich mit Lohnforderungen an die Unternehmer heranzutreten. Fünf Jahre waren seit der letzten Lohnaufbesserung vergangen. 1905 hatten die Arbeiterinnen zum erstenmal dank der Organisation nach neunwöchigem Kampfe einen schönen Erfolg erzielt. Mit einer Lohnaufbesserung von 8 bis 12 Prozent war eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden durchgeführt worden. Leider war die Erregung nicht von Bestand. Hunderte von Arbeiterinnen kehrten der Organisation wieder den Rücken, den Unternehmern wurde es in der Folge leicht, die schlechte Konjunktur im Jahre 1908 auszunutzen, um die Löhne auf das frühere Niveau und zum Teil noch tiefer herabzusetzen. Nun sollte die Scharte ausgeweht werden. Der Weg dazu war durch die Erfahrungen vorgezeichnet: Anschluß an die Organisation. Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen traten in den letzten Monaten dem Verband der Schneider und Wäschearbeiter bei. Nach vielen Beratungen und Versammlungen erhielt die Ortsverwaltung des Verbandes Anfang Oktober den Auftrag, alles zu tun, um noch in dieser Saison eine Ausbesserung der Löhne und Regelung der Arbeitsverhältnisse durch einen Tarifvertrag herbeizuführen. Am 9. Oktober tagte eine Konferenz, zu der die Arbeiterschaft aller Betriebe ihre Vertreter entsendete hatte. Sie beschloß, daß bei 16 Firmen ein Tarifentwurf eingereicht werden sollte. Als wichtigste Forderungen legte er fest: Für sämtliche Arbeiterinnen den neunstündigen Arbeitstag, tarifliche Festsetzung aller Lohnsätze, Erhöhung aller Akkordsätze um 15 Prozent und Lohnzuschlag von 10 Pf. pro Stunde für Überzeitarbeit. Garn und Maschinennadeln sind unentgeltlich zu liefern, für Heimarbeiterinnen, wo die Lieferung nicht erfolgt, ist ein Lohnzuschlag von 5 Prozent zu vergüten. Für die Heimarbeiterinnen außerhalb Vielesfelds sind Lieferstellen zu errichten, Botenlohn darf den Arbeiterinnen nicht angerechnet werden. Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises. Der Mindestlohn für Näherinnen beträgt das erste Jahr nach beendeter Lehrzeit 12 M., das zweite Jahr 15 M., das dritte Jahr 18 M. Für die Plätterinnen beträgt der Mindestlohn die ersten zwei Monate nach Beendigung der Lehrzeit 9 M., die nächsten drei Monate 12 M., die weiteren vier Monate 15 M., alsdann

tritt der Minimallohn von 18 Mk. pro Woche in Kraft und steigt jährlich um 2 Mk. pro Woche bis zu 24 Mk. Der Mindestlohn für Maschinenplätterinnen soll pro Woche 18 Mk. betragen und mit jedem Jahre um 1 Mk. bis zu 21 Mk. steigen. Stärkerinnen, Wäscherinnen bekommen pro Woche 15 Mk. Mindestlohn, der mit jedem Jahre um 1 Mk. bis zu 18 Mk. erhöht wird. Was die Lehrlingsausbildung anbetrifft, so wurde für Plätterinnen eine Lehrzeit von drei Monaten, für Näherinnen eine solche von einem Jahre verlangt. Die Ausbildung soll durch Lehrmeisterinnen erfolgen, die in Lohn stehen, Lehrgeld darf nicht erhoben werden. Die lernenden Plätterinnen erhalten im ersten Monat keine Entschädigung, im zweiten und dritten Monat pro Tag 1 Mk. Die Lehrlingmädchen in der Näherei arbeiten das erste Vierteljahr ohne Entschädigung, im zweiten bekommen sie 4,50 Mk. wöchentlich, im dritten und vierten 7,50 Mk. Die Materialien sind von der Firma frei zu liefern. Auch für die Zuschneider und Hilfsarbeiter regelt der Tarif die Lehrbedingungen, Arbeitszeit, Löhne, Kündigung usw. und erklärt, daß bereits bestehende Vergünstigungen bestehen bleiben. Er enthält außerdem eine Reihe allgemeiner Bestimmungen. Die Lohnzahlung hat wöchentlich des Freitags zu erfolgen. Das Liefern der Arbeit darf nicht länger als eine halbe Stunde dauern, für jede weitere angefangene Stunde sind 25 Pf. zu vergüten. Ferien sind für sämtliche Arbeiterinnen unter Fortbezahlung des Lohnes zu gewähren: nach einjähriger Beschäftigung auf die Dauer von drei Tagen, nach drei- und mehrjähriger Tätigkeit auf die Dauer von einer Woche. Die Mitgabe von Arbeit für die im Betrieb beschäftigten Arbeiterinnen ist nicht gestattet. Bei schlechtem Geschäftsgang ist die Arbeit bei den Arbeiterinnen, Arbeitern und Zuschneidern gleichmäßig zu verteilen, und wenn notwendig soll die Arbeitszeit verkürzt werden, um Entlassungen zu vermeiden.

Es kam zu Verhandlungen, und am 20. Oktober erklärte der Verein Bielefelder Wäscheherren folgendes: Der Abschluß von Tarifverträgen vom 1. Oktober 1911 an wird in Aussicht gestellt. Es soll sofort in eine Prüfung derjenigen Wünsche eingetreten werden, die von den Berliner Wäscheherren ihren Arbeitern gegenüber bereits erfüllt sind. Es wird zugesagt, die in den einzelnen Betrieben ausbesserungsbedürftig erscheinenden Löhne einer Revision zu unterziehen. Die Vorarbeiten zur Verwirklichung dieser Zugeständnisse sollen sofort in die Wege geleitet werden.

Den Arbeiterinnen erschien dieses „Entgegenkommen“ mit Recht nicht zufriedenstellend. Den Hinweis auf die Berliner Konkurrenz kannten sie als altes Spiel. Die Berliner Wäscheherren haben umgekehrt unter Hinweis auf die Bielefelder Konkurrenz immer abgelehnt, höhere Löhne zu zahlen. Die Verschleppung des Tarifabschlusses auf 1911 soll die Situation für die Unternehmer günstiger gestalten, da im Oktober des nächsten Jahres der Tarif in der Berliner Wäscheindustrie abläuft und dann sicher von den dortigen Arbeiterinnen ebenfalls Lohnforderungen erhoben werden. Die Bielefelder Arbeiterinnen wollen aber nicht den Fabrikanten zuliebe noch ein Jahr bei den traurigen Löhnen vegetieren. Sie beschloßen daher mit 1559 gegen 5 Stimmen, sofort in den Streik zu treten, und legten am 22. Oktober einmütig die Arbeit nieder.

Die Wirkung des Kampfes erhellt daraus, daß die bestreikten Firmen in einem Zirkular ihre Kunden baten, „die Lieferzeiten der erteilten Aufträge um die Dauer der Arbeitseinstellung zu verlängern und so durch weitgehende Nachsicht in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen“. Daß Zuschneider, Wäscheherren und Direktionen verschiedener Geschäfte Arbeiterinnen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen suchen, ist eine traurige Begleiterscheinung des bisher ausgezeichnet verlaufenen Ausstandes. Ein Unternehmer hat sich in seiner Bedrängnis darauf besonnen, daß auf Grund der wundervollen Verträge Lehrlinge zur Innehaltung ihres Vertrags angehalten werden können, und zwar durch die — Polizei. Pflichterfüllung hat auch die Polizei die Lehrlinge vorgeladen — darunter 22jährige „Lehrmädchen“, die sich erst später der Wäscheindustrie zugewandt haben. Nach der Vernehmung eröffnete die hohe Obliche den Sünderinnen, daß sie, wenn sie nicht gutwillig nach ihrer Arbeitsstelle zurückkehrten, durch die Polizei hingebacht werden würden. Auf sofortigen Einspruch ist die Ausföhrung der Androhung jedoch unterblieben. Ein eifriger Geschäftsföhrer ging in Begleitung eines Schutzmanns einem Trupp „seiner“ Arbeiterinnen nach, denen vorgeschwindelt worden war, die Arbeit würde wieder aufgenommen. Am Fabrikator angekommen, mußte der gute Mann erleben, daß „seine“ Arbeiterinnen ihm lachend den Rücken kehrten. Sie hatten den Schwindel entdeckt und wollten nicht zu Arbeitswilligen werden.

Die Unternehmer hatten eine „Studienkommission“ nach Berlin gesandt, welche die Verhältnisse in der Berliner Wäscheindustrie

erforschen sollte. Die abgeordneten Herren haben aber ihre „Studienzeit“ auch dazu benutzt, Berliner Firmen zur Anfertigung von Streifarbeits zu gewinnen. Solche Betriebe wurden ermittelt, und die Berliner Arbeiterinnen haben sich dafür bedankt, zu Streiberecherinnen zu werden. Die Berliner Wäscheherren hat ihre Solidarität mit dem Kampfe in Bielefeld erklärt.

Die Streikenden haben nach Versammlungen durch zwei imposante Massenspaziergänge in Bielefeld gezeigt, wieviel fleißige Arbeiterinnen die Fabrikanten feiern lassen. Daß die bürgerliche Presse nicht für die Kämpfenden eintritt, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. In der letzten Woche haben die Unternehmer ein neues Mittel entdeckt, die Streikenden über die Zahl der Weiterarbeitenden im unklaren zu halten und diese vor „Belästigungen“ zu schützen. Laut Anschlag in den Fabriken dauert die Arbeitszeit jetzt von 1/8 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags, mit 1/2 stündiger Frühstück- und 1/2 stündiger Mittagspause. Diese Neuordnung der Arbeitszeit ist von der Regierungsbehörde genehmigt worden. Als die Streikenden sich bei der Gewerbeinspektion über sie beschwerten, mußte ihnen diese antworten, daß in der Sache „alles in Ordnung sei“. Man sieht, für die Regierung ist Geschwindigkeit keine Hexerei, wenn es sich um Kapitalisten handelt. Die Unternehmer aber können statt der geforderten 9 stündigen sogar die 7 1/2 stündige Arbeitszeit einföhren — wenn sie wollen! Im Streik befinden sich gegen 2000 Arbeiterinnen, davon 150 in Orlinghausen und Lage in Lippe, und etwa 70 Zuschneider; organisiert davon sind über 1650. Die Stimmung unter den Streikenden ist gut. N. N.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Über das Thema: „Fleischwucher und Arbeiterfrauen“ sprach vom 12. bis 15. November Genossin Wurm-Berlin in vier Orten des Kreises Ebersfeld, nämlich in Ebersfeld, Ronndorf, Remscheid und Wannen. Abgesehen von Ronndorf, wo man wohl für einen großen Saal, aber nicht für zahlreiche Beteiligung gesorgt hatte, waren die Versammlungen verhältnismäßig gut besucht, am besten in Remscheid am Sonntagnachmittag. Besonders erfreulich war, daß der Besuch, wiederum mit Ausnahme von Ronndorf, ganz überwiegend aus Frauen bestand. In Ronndorf scheinen die Arbeiterfrauen wohl zu meinen, daß sie Versammlungen nicht mehr nötig hätten? Wenn diese Annahme richtig ist, dann verlernen sie die Situation gründlich. Sie und alle anderen, die etwa so denken, weiblichen und männlichen Geschlechts, würden damit allein beweisen, wie sehr sie der aktiven Teilnahme an der Bewegung bedürfen, und besonders auch an den Versammlungen. Genossin Wurm verstand es, ihr Thema in recht geschickter und überzeugender Weise zu behandeln, wofür ihr überall lebhafter Beifall zuteil wurde. 63 weibliche Mitglieder wurden in den Versammlungen gewonnen.

In einer öffentlichen Frauerversammlung in Remscheid sprach Genossin Wurm-Berlin über die „Lebensmittelteuerung und die Frauen“. Trozdem in letzter Zeit mehrere große öffentliche Versammlungen am Ort stattfanden, war auch diese außerordentlich gut besucht. Die Referentin fesselte durch ihren Vortrag die Anwesenden, die ihr durch lebhaftes Zustimmung und Beifall zu verstehen gaben, daß sie aus aller Herzen gesprochen hatte. Die Aufnahme von 26 neuen weiblichen Mitgliedern war ein sichtbares Resultat der Versammlung. Frau Böttcher.

Vom Kampfe gegen die Fleischnot. Größere Aktionen gegen die Fleischnot und gegen die allgemeine Lebensmittelteuerung unternahm Ende Oktober der zweite, dritte und vierte Berliner Wahlkreis. Stark besuchte Frauerversammlungen, zu denen vorher eine Flugblattverbreitung stattgefunden hatte, fanden im zweiten Kreise zwei, im dritten Kreise eine und im vierten Kreise sechs statt. Im zweiten Kreise referierten die Genossinnen Schuch und Fahrenwald, im dritten Kreise die Genossin Mittag und im vierten Kreise die Genossinnen Zhrer, Zieh, Weyl, Wurm, Wulff und Zieh. Cirka 400 Neuaufnahmen für Partei und Presse war der greifbare Erfolg der Agitation. Eine besondere Freude bereitet die Tatsache, daß die ganze Agitation, vor allem das fleißige Werben von neuen Mitkämpferinnen in den Versammlungen, ausschließlich das Werk der Genossinnen ist, die einen Idealismus und eine Arbeitsfreudigkeit zeigen, die volle Anerkennung verdienen.

Auch im Kreise Kottbus fanden im Oktober vier sehr gut besuchte Volksversammlungen statt, in denen die „Noabit-Affäre“ und die Volksauswucherung durch Genossin Zieh behandelt wurde. In diesem Kreise mit seiner starken weiblichen Textilarbeiterchaft

wünschten wir eine weit regere Beteiligung der Genossinnen an der Bewegung. Eine ganz planmäßige Agitation zu diesem Zwecke wird notwendig werden.

L. Z.
Im Auftrag des Landesvorstandes der schlesischen Parteiorganisation sprach die Unterzeichnete in 18 Versammlungen in den Wahlkreisen **Hirschberg, Schweidnitz-Striegau und Landeshut-Vollkühn-Zauer** über „Steuerfragen und Kaiserworte“. Sie wies im Rahmen dieses Themas nach, daß der Staat den Proletariern und Proletarierinnen außer den Lasten an direkten Steuern die ungeheure Bürde der indirekten Abgaben auflädt, dagegen die oberen Zehntausend nicht im entferntesten zu so hohem Tribut heranzieht. Als die Referentin das Einkommen der Steuerfreien in Deutschland, der Instrumente des Himmels kritisierte und deren Stundenlohn berechnete, war auf jedem Gesicht Entrüstung zu lesen, die sich in zahlreichen Zwischenrufen Luft machte. Während die Versammlungen in Grunau, Hirschdorf und Gunnersdorf im Hirschberger Revier einen schlechten Besuch aufwiesen und deshalb zusammen nur 52 neue Mitglieder brachten, war die Beteiligung an den Versammlungen in den anderen Kreisen mit wenigen Ausnahmen desto größer. In Freiburg wurden 26 neue Mitglieder gewonnen, in Stanowik desgleichen, in Ströbel 56, Striegau 88, Girschsdorf 84, Lassau 13, Groß-Rosen 15, Königszelt 22, Zauer 45, Nothenbach 32, Liebersdorf 28, Vollkühn 46 und in Oberleutmannsdorf 16. Die Besucher der Prittwitzdorfer Versammlung gehörten sämtlich schon der Organisation an. Schlecht war der Besuch der Versammlung in Landeshut, wo das Lokal am Ende der Stadt lag und am Versammlungsabend ein furchtbarer Schneesturm tobte. Nur 15 Personen ließen sich hier in die Partei aufnehmen. Zu besonderer Freude gibt der Erfolg von Königszelt Anlaß. Dort war die Versammlung am Mittag noch nicht bekannt; nachdem sie durch eine Verständigung auf den Abend festgelegt worden war, entfaltete unsere Genossin Wehre in einem halben Tage eine so rührige Agitation, daß die Referentin in vollbesetztem Lokal sprechen konnte. Von den Erfolgen für die Parteiorganisation, die „Volksmacht“ und die „Gleichheit“ abgesehen, haben die Versammlungen sicherlich eine gute Wirkung auf noch fernstehende ausgeübt, indem sie diese zum Nachdenken anregten. In allen Orten gelobten die Genossinnen, tüchtig für die Partei und deren Presse zu agieren und bei der nächsten Reichstagswahl ihre Schuldigkeit zu tun, damit Kapitalistenstippe und Junkertum in Schlesien den Lohn für ihre Taten erhalten und in allen Wahlkreisen die Fahne des Sozialismus gehißt wird.

Agnes Fahrenwald.

Von der tiefen Mißstimmung, die in weiten Volkskreisen über die jegliche Teuerung herrscht, legten auch die großartig besuchten Frauenversammlungen Zeugnis ab, die im **siebten schlesisch-holsteinischen Wahlkreis** stattgefunden haben, und die vom Agitationskomitee einberufen worden waren. In Kiel, Neumünster, Preetz und Gaarden sprach Genossin Kähler über „Brot- und Fleischsteuer und Frauenpflichten“. Von den Genossen und Genossinnen war eine gute Vorarbeit durch Verbreitung von Handzetteln und Agitation von Person zu Person geleistet worden, die die Frauen aus ihrer Gleichgültigkeit geweckt und zum Besuch der Versammlungen angeregt hatte. Die Beteiligung war glänzend; in Kiel waren zum Beispiel weit über 1000 Frauen zum Protest erschienen, wovon 78 der Parteiorganisation beitraten. 233 neue Parteimitglieder und eine Anzahl Leserinnen für die „Gleichheit“ wurden in den vier Versammlungen gewonnen. In Rendsburg, Paffee, Kopperpahl, Dirichsdorf und Elmshagen behandelte Genossin Baumann das Thema „Lebensmittelwucher und Frauenpflichten“. Auch diese Versammlungen waren durch die Verbreitung des Flugblatts über die Fleischnot gut vorbereitet worden und brachten der Partei 44 neue Mitstreiterinnen und der „Gleichheit“ neue Abonnenten.

In Anschluß an diese Agitation im Wahlkreis Kiel-Rendsburg hielt Genossin Kähler noch eine Versammlung in **Häbeck** ab mit der Tagesordnung „Teure Zeiten für den Arbeiterhaushalt“. In der Debatte sprach Genossin Schlomer im Sinne der Referentin. Auch hier waren Besuch und Erfolg der Veranstaltung gut. Außer 42 neuen Parteimitgliedern wurden Abonnenten für die „Gleichheit“ gewonnen.

W. K.

Bericht über die Mainzer Frauenorganisation. Es sind drei Jahre her, daß unter verschiedenen Mainzer Genossinnen der Wunsch laut wurde, eine Frauenorganisation zu gründen. Zunächst nahm der Vorstand der hiesigen Parteiorganisation die Gründung und Leitung in die Hand. Er beschloß auch, daß eine Genossin Sitz und Stimme im Vorstand haben solle. Leider wurde der Beschluß aber nicht durchgeführt, und so trat der sonderbare und unhaltbare Zustand ein, daß die Genossinnen in ihrer eigenen Or-

ganisation nichts zu sagen hatten. Die „Rebellion“ blieb nicht aus. Nach reichlich einem halben Jahre waren die Genossinnen so weit geschult, daß sie die Leitung ihrer Gruppe selbst übernehmen konnten. Die Vorsitzende erhielt nunmehr Sitz und Stimme im Vorstand der Parteiorganisation. Eine rührige Agitation zur Erweckung der Frauen wurde entfaltet. Zwei große öffentliche Frauenversammlungen mit dem Thema: „Gesundheitspflege des Kindes“ waren überaus stark besucht. Dagegen wiesen die folgenden öffentlichen Versammlungen mit politischem Referat, in denen die Genossinnen Kähler, Fahrenwald, Zieg und Baumann sprachen, einen nur mäßigen Besuch auf. Trotzdem war die Mühe nicht umsonst, jede Versammlung brachte unserer Organisation neue Mitglieder. Die Leitung machte es sich zur Aufgabe, die neugewonnenen Genossinnen tiefer in die Gedankenwelt des Sozialismus einzuführen. Es wurde zu diesem Behufe eine Reihe von Einzelvorträgen gehalten und ein Vortragszyklus veranstaltet: „Ziele und Bestrebungen der Sozialdemokratie, das Erfurter Programm.“ Genossin Adeling hatte dankenswerterweise die Erläuterung des Erfurter Programms übernommen. Es beteiligten sich durchschnittlich 35 bis 40 Personen an dem Kursus. Wir wissen, daß die meisten Proletarierinnen mit abgeradem Körper und müdem, durch Sorgen gedrücktem Geist zu unseren Veranstaltungen kommen. Die theoretischen Vorträge aber stellen größere Anforderungen an Aufmerksamkeit und Denkfähigkeit. Wir sahen es manch einer eifrigen Zuhörerinnen an, wie anstrengend es für sie war, den Darlegungen zu folgen. Um so mehr freut es uns, daß trotzdem ein Stamm neuer Genossinnen dem Unterricht treu geblieben ist. Es muß hervorgehoben werden, daß die proletarische Frauenbewegung in Mainz bereits über einheimische Referentinnen verfügt, ein gutes Zeichen das für ihren inneren Wert. Unter den Vortragenden befanden sich unsere Genossinnen Kahl und Esinger. Die Gruppe, die eine besondere Sektion der Parteiorganisation bildet, zählt jetzt 168 Mitglieder, der Monatsbeitrag beträgt 35 Pf. Die Lieferung der „Gleichheit“ ist obligatorisch eingeführt. Trotz der vielen Versammlungen und Vorträge müssen wir ehrlich sagen, daß der Erfolg uns noch nicht befriedigt. Es wurde geplant, unsere Veranstaltungen in Vortrags-, Les- und Diskussionsabende einzuteilen. Woran scheiterte der Plan? Zunächst an der Überlastung der geeigneten Referenten und dann an unseren Genossinnen. Die Versammlungen, in denen Genossinnen aus unserer eigenen Organisation sprachen, waren mäßig besucht; es waren fast mehr Genossen als Genossinnen anwesend. Nur wenn eine hervorragende rednerische Kraft spricht, „zieht es“. Das ist aber nicht nur bei den Frauenversammlungen der Fall. Um die Frauen anzuziehen und sie zu fesseln, sollten wir auch nicht nur wissenschaftliche Vorträge veranstalten. Diese stellen Anforderungen, denen die Frauen aus Gründen nicht immer gewachsen sind, auf die wir bereits hingewiesen haben. Außerdem verlangt das Gemüt der Frauen auch ihr Recht. Wir müssen daher Abwechslung in das Gebotene bringen. Literarische Vorträge mit Rezitationen aus den Werken unserer großen freiheitlichen Dichter wirken anregend und erwecken Idealismus und Kampffreudigkeit. Es ist eine schwere Aufgabe, die proletarischen Frauen aufzurütteln und für unsere Sache zu gewinnen. Wir müssen dazu alle Kräfte anspannen und jede Möglichkeit ausnützen. Endlich muß der Erfolg kommen:

„Zum Amboß hat es einer gesagt, daß er aus demselben Stoffe gemacht sei wie der Hammer. Und siehe! Er will nicht länger Amboß sein.“

Olga Serlinger.

Eine Frauenkonferenz für den Regierungsbezirk Magdeburg tagte am 22. Oktober in Magdeburg. Bezirkssekretär Genossin Beims eröffnete sie mit einer kurzen Ansprache an die Delegierten. 26 Ortschaften aus 7 Wahlkreisen waren durch 40 Delegierte vertreten. Nur ein Kreis, Jerichow I und II, hatte keine Vertreter entsandt. Als Vorsitzende der Konferenz wurden die Genossinnen Kähler und Knöfler-Magdeburg und Genossin Banke-Wernigerode gewählt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Genossin Zieg einen Vortrag über „Die Aufgaben der Frau in der sozialdemokratischen Parteiorganisation“. Die Rednerin führte aus, daß die Schwierigkeiten, die manchenorts durch den Abtritt der Frauenbildungsvereine zu der Parteiorganisation entstanden wären, nunmehr behoben seien. Die gemeinsame Organisation beschränke zwar die frühere Bewegungsfreiheit der Genossinnen, stelle aber auch hinter ihre Arbeiten und Forderungen die gesamte Partei. Die Genossinnen in den Vorständen der gemeinsamen Organisation seien nicht bloß Dekorationen. Sie hätten die schwierige Aufgabe, die Genossinnen in lebendiger Fühlung mit der Organisation zu halten. Sie legte dann die Hemmnisse dar, die sich den praktisch tätigen Genossinnen in den Weg stellen. Diese seien hauptsächlich in den mannigfachen Anforderungen an die Frauen als Arbeiterin, Hausfrau, Mutter und Erzieherin begründet. Man solle daher

möglichst solche Genossinnen als Agitatorinnen wählen, die in ihrer Bewegungsfreiheit durch häusliche Sorgen wenig gehemmt wären. Die wichtigsten Fragen der Agitation unter den Frauen würden in nächster Zeit bilden: die Fleischverteuerung, die Reichsversicherungsordnung, soweit die Mutterschaftsversicherung und die Witwen- und Waisenvorsorge in Frage kommen, und die Erringung des Frauenwahlrechts, wie es die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen verlangt hat. Der Parteivorstand würde entsprechende Flugblätter für die Agitation herausgeben. Die Rednerin forderte die Frauen auf, sich mehr als bisher um die kommunalen Angelegenheiten, um die Gemeindevertreterwahlen zu kümmern. Auf dem Gebiet des Gemeindelebens, so führte Genossin Zieg aus, liegen wichtige Materien, die in erster Linie die Frauen betreffen, wie Armenpflege, Säuglingsfürsorge und anderes. Wenn die Frauen auch nicht wählen dürften, so könnte durch ihre Mitarbeit doch vieles erzielt werden. Überall, wo Wahlkämpfe stattfinden, müsse man für das Frauenwahlrecht agitieren. Um dieser Forderung mehr Stoßkraft zu geben, sei ein alljährlicher Frauentag geplant, an dem die Proletarierinnen erklären, daß sie volles Bürgerrecht verlangen und es zusammen mit der Sozialdemokratie erobern wollen. Die Agitation zur Aufrüttelung der proletarischen Frauenmassen müsse fortgesetzt werden. Es sei außerdem die Erziehung der Frau zur sozialistischen Weltanschauung notwendig. Zu diesem Zwecke müßten bestimmte Abende angelegt werden, an denen sich die Genossinnen durch Referate, Vorträge und Diskussionen theoretisch schulen könnten. An der sich anschließenden Debatte beteiligten sich mehrere Delegierte. Sie hoben hervor, daß die Frauen immer noch zu wenig Interesse für die Mitarbeit in der Partei zeigten, und daß die wenigen tätigen Genossinnen nicht die Zeit hätten, um sich theoretisch so auszubilden, wie es Genossin Zieg in ihrem Referat verlangte. Genossin Knöfler wies darauf hin, daß häufig Genossinnen, die sich zur Mitarbeit gemeldet hätten, von den Genossen zurückgewiesen worden seien. Genosse Beimä erwiderte darauf, daß die Frauen auf ihrem Rechte bestehen und sich nicht abweisen lassen sollten. Er machte des weiteren Vorschläge, wie die Genossinnen mit den Genossen zusammenarbeiten könnten. Es wurde der Wunsch ausgedrückt, daß alle in den Konsumgenossenschaften tätigen Männer und Frauen auch in der Partei mitarbeiten möchten. Schließlich gelangte einstimmig ein Antrag der Genossin Knöfler zur Annahme, daß, wo es möglich ist, in den Bezirken bestimmte Abende festzusetzen sind, an denen Unterrichtsstunden zur theoretischen und praktischen Ausbildung von Funktionärinnen abgehalten werden.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete ein Bericht über den „Stand der proletarischen Frauenbewegung im Regierungsbezirk Magdeburg“. Er ward von Genossin Bollmann-Halberstadt gegeben. Die Rednerin konstatierte die zufriedenstellenden Erfolge der Frauenbewegung im Bezirk. Die Zahl der organisierten Frauen stieg im letzten Jahre von 1779 auf 2666, also um 49 Prozent, während die Zahl der Männer im gleichen Zeitraum nur um 38 Prozent wuchs. An der Hand eines reichen Zahlenmaterials beleuchtete Genossin Bollmann die Ursachen des Zu- und Abganges der weiblichen Mitglieder in den einzelnen Ortschaften. Die Gewinnung neuer Mitglieder müßte nach ihren Erfahrungen systematischer und vor allem mehr durch Hausagitation betrieben werden. Die Rednerin bedauerte, daß die Zahl der Leserinnen der „Gleichheit“ nicht so groß sei wie die Zahl der organisierten Genossinnen. Genosse Beimä stellte fest, daß es beim besten Willen nicht möglich gewesen sei, mehr Mitglieder in den einzelnen Ortschaften respektive Kreisen zu werben. Die „Gleichheit“, die doch meist von proletarischen Frauen gelesen würde, müßte noch populärer werden, dann werde sie auch unter den breiten Frauenmassen mehr Verbreitung finden. Diesen Ausführungen gegenüber hielt es Genossin Zieg nicht für angebracht, den Charakter der „Gleichheit“ zu ändern. Genossin Kuppinger-Halberstadt wünschte, der Parteivorstand möchte von Zeit zu Zeit kleine gemeinverständliche Abhandlungen über Nationalökonomie herausgeben, die sich zur Verbreitung eignen.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung „Zeitungsstellen und Arbeiterfraueninteressen“ nahm Genossin Käßner das Wort. Sie beleuchtete den Inhalt der noch von so vielen proletarischen Frauen gelesenen gegnerischen Zeitungen. Diese Presse verdummt und vergiftet den Geist großer Schichten der arbeitenden Bevölkerung. Die Gegner benutzen sie als trefflichere Waffe im Wahlkampf. Mit Verkündungen bekämpfen die bürgerlichen Zeitungen Partei, Gewerkschaften und die Genossenschaften, und sie erschweren uns dadurch die Ausklärung unter den uns noch fernstehenden Massen. Die Frauen müßten aufs eifrigste in Stadt und Land für unsere Parteipresse, für die „Magdeburger Volksstimme“, für die „Land-

post“, das Organ der Landarbeiter, und die „Gleichheit“, ihr eigenes Blatt werben. In der Diskussion wurde hauptsächlich darauf hingewiesen, in welcher Weise die Frauen am besten für die Arbeiterpresse agitieren könnten. Dann gelangte ein Antrag zur Annahme, der den Wunsch ausdrückt, die in Magdeburg bestehende Preßkommission um eine Genossin zu verstärken. Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt. Nach einem kurzen Schlusswort der Vorsitzenden wurde sie mit einem dreifachen Hoch auf die internationale sozialistische Frauenbewegung geschlossen.

Dorothea Käßner.

Genossin Katharine Kellner-Preungesheim †. Nach langem, schwerem Krankenlager verschied am 3. November in Preungesheim bei Frankfurt a. M. unsere Genossin Katharine Kellner. Seit zwei Jahren wohnte sie in unserem Orte und gab durch ihren Eifer bei jeglicher Parteiarbeit den Genossinnen ein leuchtendes Vorbild. Klar über die Ziele der Arbeiterbewegung und die Rolle, die die proletarische Frau in ihr zu spielen hat, tat sie schon während des Ausnahmegesetzes in Frankfurt a. M. ihre Pflicht für die Partei. Sie war damals Witwe und besaß das Restaurant Zum Hainerhof am Paulsplatz in Frankfurt a. M. Sie hieß zu jener Zeit, nach ihrem ersten Manne, einem Maler, noch Gils. Gar mancher der zu jener Zeit von der Polizei geächteten Genossen wird sich beim Lesen dieser Zeilen vielleicht daran erinnern, wie liebe- und verständnisvoll er bei der Genossin aufgehoben war, während die Polizei ihn andernorts wählte. Wenn die Mäunde reden könnten, so würden sie von manchem Schnippchen erzählen, das die Verstorbenen der preussischen Polizei schlug. Das Leben ging hart mit ihr um. In ihrer zweiten Ehe mit dem Monsieur Kellner war ihr wie in der ersten auch das Glück nicht lange hold. Ihr Mann wurde bei einer Arbeit in Italien durch einen Unfall zum Invaliden. Ihn hat sie jetzt mit zwei noch nicht erwachsenen Kindern zurückgelassen. Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins von Preungesheim beteiligten sich in ansehnlicher Zahl an ihrer Beerdigung und legten einen schönen Blumenkranz mit einer prächtigen roten Schleife an ihrem Grabe nieder. Die Genossinnen und Genossen werden der Dahingegangenen ein dauerndes Andenken bewahren und in ihrem Sinne weiter wirken.

Herm. Vender.

Politische Rundschau.

Der Reichstag ist wieder zusammengetreten. Seine erste große Verhandlung galt der Fleischnot, die zweite der Königsberger Kaiserrede. Beide Verhandlungen hat die Sozialdemokratie durch Interpellationen erzwungen. Die Konservativen hatten allerdings auch eine Fleischnotinterpellation eingebracht, aber nicht, um von der Not des Volkes, dem das Fleisch fehlt, zu reden. Ihre Interpellation sollte der Not der Landwirtschaft, das heißt der Großgrundbesitzer gelten, die angeblich eintreten werde, wenn die Grenzen für fremdes Vieh und Fleisch geöffnet würden. Da diese Not sei schon zum Teil eingetreten, da die süddeutschen Staaten für französisches Vieh die Tore aufgetan haben. Nun, die Herren Junker dürfen zufrieden sein, die Regierung hat ihnen durch den Mund des Staatssekretärs Delbrück und des preussischen Landwirtschaftsministers Schorlemer-Lieska auf das Bestimmteste versichert, daß ihr die Gewinne der Viehzüchter hoch über den Interessen des Volkes stehen. Die deutsche Arbeiterchaft und der Mittelstand mögen ruhig darben und ihren Fleischverbrauch auf das Äußerste einschränken, die Volksernährung und Volksgesundheit mag aufs schlimmste geschädigt werden, die Reichsregierung beziehungsweise die preussische Regierung denkt nicht daran, auch nur das Geringste dagegen zu tun. Mag Österreich die Einfuhr gefrorenen argentinischen Fleisches gestatten, in Preußen-Deutschland herrschen die Junker unumschränkt und ein solch schwächliches Nachgeben vor den Forderungen des Volkes zieht hier nicht. Die völlig unzulängliche Öffnung der französischen Grenze nach Süddeutschland wird in Preußen und im verpreußten Norddeutschland keine Nachfolge finden und den süddeutschen Staaten wird auf keinen Fall gestattet werden, auf diesem Wege noch einen Schritt zu tun. Es gibt keine Aufhebung der Viehperren, keine Aufhebung oder auch nur Herabsetzung der Wucherzölle auf Vieh und Fleisch oder auf Futtermittel, keine Erleichterung der Vieheinfuhr an den wenigen Ausnahmestellen, wo sie noch gestattet ist, durch Reform der chitanösen und verteuernenden Kontrollvorschriften, keine Änderung der ebenso wirkenden Vorschriften des Fleischbeschaugesetzes. Und noch empörender als dieser vollstündliche Beschluß selbst ist die elende Heuchelei, womit er als ein Akt der Fürsorge für die Gesundheit des deutschen Volkes und für seine Nahrungsversorgung ausgegeben wird. Denn angeblich darf und kann keine der Forde-

rungen der Bevölkerung erfüllt werden, weil das Vieh des Auslandes durchgehend verseucht ist und den deutschen Viehbestand gefährden würde, und weil das sämtliche ausländische Fleisch gesundheitsgefährlich ist — obgleich es in England ohne Schaden für die Gesundheit der Engländer seit Jahrzehnten gegessen wird. Außerdem aber, erklärt die Regierung, ist das Vieh und Fleisch im Ausland selbst so knapp und teuer, daß alle Grenzöffnungen und Einfuhrerleichterungen nichts helfen würden. Das ist wieder ein Schwindel. Zwar haben die Preise in der ganzen Welt angezogen, was eine Folge der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, in der die Landwirtschaft in rückständigen Methoden stecken bleibt und daher den Bedarf der immer mehr anwachsenden städtischen industriellen Bevölkerung nicht zu decken vermag, wozu noch die künstliche Verteuerung der Lebensbedürfnisse durch Kartelle und Trusts kommt. Aber Deutschland hat doch dank seiner Grenzsperrn und Wucherzölle die höchsten Fleischpreise und könnte immer noch große Mengen Vieh und Fleisch aus dem Ausland erhalten. Aber was kümmert die Regierungsvertreter die jämmerlichkeit ihrer Gründe; sie brauchen ja eigentlich überhaupt keine, denn sie haben die Mehrheit des Reichstags ja auf alle Fälle hinter sich. Die Konservativen, das Zentrum, die Nationalliberalen, die Antisemiten und die Polen bilden die agrarische Phalanx, die für die Interessen der Junker und Großbauern sichts und die Stellung der Regierung deckt. Das haben die dreitägigen Verhandlungen über die Interpellationen deutlich genug gezeigt. Die einzigen Parteien, die das System der Grenzsperrn und der Wucherzölle angriffen, waren die Sozialdemokraten, für die die Genossen Emmel und Hilbrand sprachen, und die Freisinnigen. Ganz wohl ist allerdings den anderen Parteien — die Junker selber, die Konservativen natürlich ausgenommen — bei der Sache nicht. Das ließ sich zum Beispiel an den Reden des Zentrumsabgeordneten Trimborn, des Nationalliberalen Paasche und des Polen Fürst Radziwill erkennen. Ihre Parteien fürchten die Wirkung der Teuerung und ihrer Teuerungspolitik auf die Arbeiter und kleinen Leute, und so tanzte denn Herr Trimborn, der Vertreter der Stadt Köln, einen verzweifelten Giertan, indem er einerseits die Grenzsperrn und Wucherzollpolitik verteidigte, andererseits aber um der rheinischen Bevölkerung willen die Öffnung der holländischen Grenze empfahl. Bedeutung hat das weiter nicht, denn die Rede des ersten Zentrumsprechers Herold war eine echte agrarische und der Giertan Trimborns ist nichts als ein auf die Arbeiter und den Mittelstand berechnetes Schaustück, das Zentrum wirkt als Ganzes weiter neben den Junkern als die zuverlässigste Stütze der Wucher- und Verteuerungspolitik. Die aber wird weitergehen, solange die agrarische Mehrheit im Reichstag herrscht. Herr Delbrück sprach die Hoffnung aus, daß sie auch nach den Wahlen wiederkehren werde — an den Wählern ist es, diese Hoffnung zuschanden zu machen.

Die Interpellation über die Königsberger Kaiserrede, die an einem Tage erledigt wurde, zeigte dieselbe Parteigruppierung, mit dem alleinigen Unterschied, daß die Nationalliberalen eine Zwitterstellung einzunehmen versuchten. Die Sozialdemokratie war die einzige Partei, deren Redner mit rücksichtsloser Schärfe gegen die absolutistischen Gelüste und Reden des Kaisers vorging. Von den bürgerlichen Parteien wagte es nur der Fortschritt, einen gemäßigten Protest zu erheben. Der nationalliberale Redner Wassermann befehligte sich einer schmählischen Schautelpolitik. Die schändlichste Rolle aber spielte das Zentrum. Derselbe Redner, der im Jahre 1908 bei den Novemberdebatten in scharfen Wendungen unter Hinweis auf die Stuarts und Ludwig XIV. das Selbstherrschertum verurteilt hatte, machte jetzt den Kotau vor dem Absolutismus, verleugnete seine eigene Rede vom Jahre 1908 und trieb die Schamlosigkeit so weit, daß er die Novemberdebatten einen „sehr beklagenswerten Vorgang“ nannte. So gibt das Zentrum Volksrechte, Grundsätze und Würde unbedenklich preis, um den Bund mit den Konservativen immer fester zu gestalten und Regierungspartei zu bleiben. Es zeigte sich, daß fast alle bürgerlichen Parteien — auch im Fortschritt gibt es unsichere Kantonsisten — den Kampf gegen den Absolutismus, den sie 1908 feierlich aufzunehmen gelobten, gänzlich aufgegeben haben. Sie erhoffen von der starken Krone die Rettung vor dem Volkszorn, der bei den Wahlen wider sie losbrechen wird. Die Schwarzblauen rechnen zudem darauf, daß das Instrument des Himmels ihr Instrument sein wird. Der Reichskanzler hat sich jedenfalls die Zufriedenheit der Mehrheit und die seines Herrn mit einer Rede erworben. Zu Beginn bestritt sie in einigen unklaren Wendungen absolutistische Wünsche des Kaisers, leugnete dann aber schlanke das kaiserliche Versprechen der größeren Zurückhaltung ab, das einst Bülow dem Reichstag überbrachte, und mündete zum Schluß in einer sehr deutlichen Verherrlichung des Absolutismus aus. Der konservative Führer v. Heydebrand erteilte dem brauch-

baren Instrument denn auch gnädigst eine gute Zensur. Freilich: die volle Zufriedenheit der Junker kann Bethmann Hollweg nur erlangen, wenn er die Arbeiterbewegung durch ein neues Ausnahmegesetz zu knebeln unternimmt. Und ein solches Ausnahmengesetz forderte v. Heydebrand gebieterisch vom Reichskanzler in einer tollen Scharfmacherrede.

Der große Moabiter Tendenzprozeß, den die Berliner Staatsanwaltschaft nach dem Wunsche der Reaktion eingeleitet hat, wird ihr selbst nachgerade unheimlich. Obgleich erst kaum ein Zehntel des Riesenmaterials der Verteidigung vorgebracht ist, ist die Polizei schon aufs äußerste bloßgestellt. Es ist bereits eine Menge von brutalen Mißhandlungen vereinzelter friedlicher Straßenspassanten erwiesen, Mißhandlungen, an denen nicht nur die unteren Organe, sondern auch höhere, Wachtmeister und Polizeileutnants, teilgenommen, oder bei denen sie untätig zugehört haben. In seiner Verzweiflung über die Brandmarkung seiner Polizei hat sich der Polizeipräsident Herr v. Jagow zu einem Schritt verstiegen, der seine Notlage erst recht vor aller Welt aufdeckt. Er sucht per Annonce und Säulenanschlag polizeifremde Zeugen, die die Verdächtigungen der Zeugen der Verteidigung wettmachen sollen! Er sucht Zeugen, die keine Sympathie mit den „Auführern“ verspüren haben, aber er will keine Zeugen, die Säbelhiebe, Pässe, Verschimpfungen von der Polizei ausgeteilt bekommen. Das heißt, er will durch Leute, die aus guter Gesinnung die Polizei herausreißen, die Wahrheit „korrigieren“ und die Richter — die es doch wahrlich nicht nötig haben — vor allem aber die Öffentlichkeit im Sinne der Polizei beeinflussen. Gleichzeitig geht das Regierungsblatt, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, in unverschämter Weise gegen die Verteidigung los, beschuldigt sie wider besseres Wissen, den Prozeß zu einem politischen Tendenzprozeß zu machen — was bekanntlich die Staatsanwaltschaft getan hat —, und spricht den Verdächtigungen der Zeugen, die die Polizei belasten, jede Beweiskraft ab. So gibt die Regierung durch das Sprachrohr ihres Blattes den „unabhängigen“ Richtern Direktiven und versucht, die Öffentlichkeit über die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen zu täuschen. — In scharfem Kontrast zu der Zeugennot des Polizeipräsidentiums steht die Tatsache, daß den Verteidigern täglich Angebote von Zeugenaussagen gegen die Polizei zugehen, Angebote, die nicht nur aus der Arbeiterschaft und von Anhängern der Sozialdemokratie, sondern aus allen Bevölkerungskreisen und von Leuten jeder, auch konservativer Parteirichtung stammen, die empört sind über das Treiben der Polizei. Dabei hat die Verteidigung schon jetzt an 500 Zeugen für etwa 300 Fälle! Die Reaktion wird noch erkennen müssen, daß die Einleitung dieses Tendenzprozesses, der Material zur Vernichtung der Sozialdemokratie liefern sollte, eine Riesendummheit war.

Der Wahlsieg der Sozialisten in Amerika reduziert sich, nachdem die genaueren Meldungen vorliegen, auf die Wahl eines Genossen in den Bundeskongress; die beiden anderen als gewählt gemeldeten Sozialisten sind unterlegen; dem einen fehlten nur wenige Stimmen am Siege. Indes ändert diese Einschränkung nichts daran, daß die Wahlen ein erhebliches Anwachsen der Sozialdemokratie anzeigen; bei den Wahlen zu den Parlamenten der Einzelstaaten und anderen Körperschaften hat sie in mehreren Teilen des Landes sehr erfreuliche Gewinne an Mandaten und Stimmen erzielt.

In England stehen Neuwahlen vor der Tür. Die Liberalen wollen den Widerstand des aus erblichen Gesetzgebern bestehenden Oberhauses gegen seine Umwandlung in teilweise gewähltes Parlament durch einen Appell an die Wähler brechen. Die Wahlen werden aber zugleich ein Kampf für und wider den Freihandel beziehungsweise den „Schutz“zoll sein. Die Arbeiterpartei steht in beiden Fragen auf der Seite der Liberalen, wenn sie auch in der Oberhausfrage weiter geht, das heißt die völlige Beseitigung dieses Hemmschuhs der Gesetzgebung fordert. Den Hauptwert aber muß sie darauf legen, die besonderen Forderungen der Arbeiterschaft durchzusetzen. Und da hapert's bei den Liberalen. Die liberale Regierung weigert sich, den Arbeitern die Aufhebung des Osborne-Urteils zu versprechen, das den Gewerkschaften die Verwendung ihrer Gelder für politische Zwecke, das heißt für die Arbeiterpartei verbietet und damit die Grundlage ihrer Existenz angreift. Die Regierung möchte sich mit halben Zugeständnissen — Parlamentsdiäten und dergleichen — aus der Klemme ziehen, aber damit können die Arbeiter nicht zufrieden sein.

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

In welcher strupelloser Weise das Leben der Arbeiter im Interesse des kapitalistischen Profites aufs Spiel gesetzt wird, davon geben einige strafliche Unsitte in der Schifffahrt baredes

Zeugnis. Der Verband der Maschinisten und Heizer hat seit Jahren die verdienstliche Aufgabe auf sich genommen, diese Mißstände der Öffentlichkeit bekannt zu geben. So lenkt er die Aufmerksamkeit darauf, daß namentlich bei der Oderschiffahrt die Schleppdampfer mit überlastetem (verteiltem) Sicherheitsventil zu fahren pflegen. Dadurch wird die Schleppfähigkeit des Dampfers erhöht, aber es entsteht natürlich auch die Gefahr einer Kessel-explosion. Dergleichen verbrecherische Manipulationen haben die Gewerbeinspektoren vereinzelt auch in Gewerbebetrieben festgestellt, in der Schifffahrt aber scheinen sie gang und gäbe zu sein. Die Schiffseigner rühmen sich gegenseitig, daß ihr Dampfer jeden Schleppzug drückt. Auf der Havel und der Elbe ist diesem gefährlichen Treiben durch häufige Revisionen seitens der Berufsgenossenschaften und der Strompolizei Einhalt getan worden. Jetzt versuchen die Arbeiter durch öffentliche Festnagelung der Praktiken in der Arbeiterpresse dem frevlen Spiel mit Menschenleben auch auf der Oder Einhalt zu tun. Die Maschinisten und Heizer haben dem bis jetzt machtlos gegenüber gestanden. Weigern sie sich, die Dampfkrast zu überspannen, so werden sie entlassen, und auf dem neuen Arbeitsplatz wird ihnen dieselbe Zumutung gestellt. Als ein lehrreiches Dokument unserer kapitalistischen Kultur verdient diese Wertung des Arbeiterlebens verzeichnet zu werden.

Im Draugewerbe Rheinland-Westfalens hat die Arbeiterorganisation nach vielen Mühen und langen Verhandlungen einen recht beachtenswerten Erfolg errungen. Im Jahre 1905 hatte sich nach der großen Aussperrung ein Boykottschutzbund der Unternehmer gebildet. Seine Aufgabe war, eine Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden auf alle Fälle zu verhindern und die Ausbreitung des Tarifgedankens zu unterbinden. Jetzt, nach fünf Jahren, nachdem die Arbeiterorganisation sich erheblich gekräftigt hat, mußten die Unternehmer ihr Programm preisgeben und sich zu einem Tarifvertrag bequemen, der die 9½-stündige Arbeitszeit zugestehet und für das große Gebiet von Hamm bis Köln mit etwa 6000 Arbeitern und Arbeiterinnen des Gewerbes gilt.

Gleichfalls einen anerkanntswerten Sieg erfochten die Metallarbeiter in Leipzig. Hier galt der Kampf dem Arbeitsnachweis. Der Arbeitsnachweis, der von den Metallindustriellen eingerichtet und geleitet wurde, war in Wirklichkeit ein Maßregelungsbureau, und der Leiter des Nachweises, ein früherer Amtsgerichtsfeldtr., ging mit den Stellensuchenden gerade nicht glimpflich um. Die Organisation sperrte längere Zeit den Nachweis, was zur Folge hatte, daß tüchtige Arbeitskräfte im Leipziger Metallgewerbe knapp wurden. Das diente die hochfahrenden Unternehmer, sie verhandelten mit der Organisation und erklärten, daß bei der Stellenvermittlung unorganisierte Arbeiter nicht bevorzugt werden dürfen; auch entließen sie den bisherigen Leiter des Nachweises.

In der Gegend, wo der Geist des seligen Freiherrn v. Stumm noch spukt, schreitet die Gewerkschaftsbewegung vorwärts. Der Holzarbeiterverband hat im Saargebiet nach zwölfwöchigem Kampfe einen Tarifabschluß durchgesetzt, der die lange Arbeitszeit von 60 bis 63 Stunden wöchentlich auf 58 Stunden verkürzt und auch Lohnerhöhungen bringt. Dieser Erfolg ist um so bemerkenswerter, weil im Bezirk der Saar die scharfmacherischen Großindustriellen auch die kleineren Unternehmer in dem Bann ihrer arbeiterfeindlichen Tendenzen halten und eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 60 Stunden pro Woche nicht zulassen wollten.

Von gleicher Bedeutung wie dieser Fortschritt ist die erfolgreiche Lohnbewegung der Angestellten bei der Versicherungsgesellschaft „Viktoria“ in Hamburg. Im vergangenen Jahre wurde den Einnehmern und Rechercheuren eine Erhöhung ihres 100 Mk. betragenden Monatsgehaltes abgelehnt. Inzwischen haben sich diese „Proletarier im Stehtragen“ im Verband der Bureauangestellten organisiert. Die Gesellschaft beantwortete erneute Lohnforderungen mit Maßregelungen. Daraufhin beschloffen die Angestellten, die Arbeit einzustellen. Jetzt gab die Gesellschaft nach, bewilligte 125 Mk. Monatsgehalt und weitere kleinere Vergünstigungen.

Die angekündigte Aussperrung in der Pirmasenser Schuhindustrie wird allem Anschein nach nicht erfolgen. Zwar ist in 65 Fabriken rund 7500 Arbeitern und Arbeiterinnen bereits gekündigt worden, die Vermittlungsversuche des Gewerbeberats scheinen aber inzwischen nicht ohne Erfolg geblieben zu sein, da sich beide Seiten nun zur Einigung geneigt zeigen.

Am Streik der Etuisarbeiter und -arbeiterinnen ist keine Veränderung eingetreten, während der Streik in Rathenow nach zwanzigwöchiger Dauer beendet wurde. Die Hirsch-Dunckerschen haben dazu in der von ihnen beliebten Weise beigetragen. Zwei ihrer Mitglieder waren am Streik beteiligt, von den Mitgliedern des Buchbinderverbandes dagegen 180. Der Verhandlungskommission

sollten aber je sechs Mann von jeder Organisation angehören. Diese Zumutung lehnte der Buchbinderverband ab. Darauf verhandelte der Gewerkverein hinter dem Rücken des Buchbinderverbandes mit den Unternehmern. Die Streikenden sahen sich schließlich gezwungen, das Angebot der Fabrikanten anzunehmen, das ihnen nur einige kleinere Zugeständnisse brachte.

Die Lohnbewegung in der Pforzheimer Gold- und Silberwarenindustrie scheint größeren Umfang anzunehmen. Infolge von Streik und Aussperrung stehen gegenwärtig etwa 2500 Arbeiter und Arbeiterinnen im Kampfe; im Laufe der nächsten Tage dürfte ihre Zahl sich verdoppeln.

Die Berliner Gasarbeiter befinden sich in einer Lohnbewegung. Eine von 3000 Mann besuchte Versammlung beschloß, alle Mittel anzuwenden, um die Forderung auf Erhöhung ihres 1800 Mk. betragenden Jahresverdienstes durchzusetzen, die der freisinnige Magistrat bisher stets abgelehnt hat.

Von einem erfolgreichen Lohnkampf der Landarbeiter ist zu berichten. Die im Landarbeiterverband organisierten Pferdedeckel zweier Güter in Halberstadt forderten eine Erhöhung ihres Wochenlohnes von 14 Mk. um 1 Mk. Die Gutsbesitzer wollten eine Lohn-erhöhung nur für die Sommermonate zugestehen. Daraufhin führten die 58 Pferdedeckel die Pferde in die Ställe und stellten die Arbeit ein. Als es nicht gelang, polnische Arbeiter als Streikbrecher anzuwerben, versuchten sich die Herren Gutsinspektoren als Führer der Rübenwagen. Aber offenbar mit geringem Erfolg, denn nach 2½-tägigem Ausstand wurde den Pferdedeckeln die verlangte Lohn-erhöhung bewilligt.

Den Kampf um die sechstägige Arbeitswoche hat der Bäckerarbeiterverband von neuem aufgenommen. Die Forderung ist sehr alt. Schon 1891 hat die Organisation auf einem Verbandstag die vollständige Sonntagsruhe gefordert. 1904 wurde ihre gesetzliche Einführung durch Petitionen verlangt. Der Bundesrat würdigte damals den Bäckerverband nicht einmal einer Antwort, sondern übermittelte seinen ablehnenden Bescheid dem Verband der Bäckerinnungen. Ärzte und Hygieniker befürworteten das Verlangen der Bäcker im Interesse der Gesundheit dieser Proletarier, mit Rücksicht auch auf die Reinlichkeit der Betriebe und damit auf das Interesse der Konsumenten. In einigen Bundesstaaten ist die sechstägige Arbeitswoche bereits eingeführt worden. Dem Verband ist es seinerseits gelungen, für etwa 6000 Arbeiter wenigstens einen wöchentlichen Ruhetag zu erringen. Dazu kommen etwa 15000 Arbeiter des Bäckergewerbes in Westfalen, in den Regierungsbezirken Aachen, Trier und am Niederrhein, wo schon seit Jahren nur an sechs Tagen in der Woche gearbeitet wird. Kurz, insgesamt etwa ein Siebentel aller in Bäckereien Beschäftigten hat in der Woche einen Ruhetag. Wenn es möglich war, die Forderung für das Siebentel zu verwirklichen, so muß sie gewiß auch allgemein durchführbar sein. Unsere Leserinnen können und müssen ihr Teil dazu beitragen, daß die Proletarier des Bäckergewerbes den notwendigen Ruhetag erhalten.

Der nächste Gewerkschaftskongress, der in Dresden tagen soll, wird vom 25. Juni bis 1. Juli stattfinden. #

Aus der Textilarbeiterbewegung. Der Stickerstreik in Plauen ist am 19. November beendet worden. Zur Zeit des Abbruchs des Kampfes standen noch 170 Sticker im Streik. Für die übrigen war der Tarifvertrag erneuert worden. Im ganzen dürften nunmehr 140 Verträge zu Recht bestehen. Daß nicht ein voller Sieg errungen wurde, liegt an der noch mangelnden Einheit und Kampffähigkeit der Sticker. Auch zur Kampfbereitschaft bedarf es einer Erziehung. Für große Kämpfe sind aber die Sticker so gut wie die Maschinenbesitzer unvorbereitet. Wären die Maschinenbesitzer genügend unterrichtet, so hätten sie, als im Vorjahr die Fabrikanten ihre Forderungen ablehnten, die von den organisierten Arbeitern deutlich genug angebotene Hilfe angenommen und gemeinsam mit diesen gegen die Fabrikanten gekämpft. Statt dessen krochen sie vor den Fabrikanten zu Kreuzen und wandten sich gegen die Arbeiter, indem sie diesen eine Lohnreduktion von 3 Pf. pro 1000 Stich vorschlugen. Wären andererseits die Sticker kampferprobte Proletarier gewesen, so hätten sie sich im vorigen Jahre leicht im ganzen Vogtland den Tarifvertrag errungen, und ebenso spielend hätte das in diesem Jahre geschehen können. Immerhin waren die Kämpfe für die Sticker von außerordentlichem Nutzen, nicht nur für die Sticker, sondern für die gesamte Industrie. Die gewaltigen Lohnschwankungen haben nachgelassen und die Schmutzkonzurrenz konnte sich insoweit nicht wie früher fühlbar machen. Früher war in der stillen Zeit der Lohn oft bis zu 40 Prozent niedriger als zur Zeit der vollen Geschäftstätigkeit. Was in den Jahren 1886 bis 1893 der von Fabrikanten und Maschinenbesitzern gebildete Zentralverband der Stickereiindustrie nicht fertig brachte,

das haben die Sticker, die zwar noch nicht lange, aber bereits stark in der Organisation vertreten sind, mit Hilfe ihres Verbandes durchgeführt. Jener Zentralverband versuchte durch Einführung eines Minimallohns und einer Maximalarbeitszeit die Lohnschwankungen auf ein Minimum zu reduzieren. Es zeigte sich, daß wenn nicht die organisierten Arbeiter hinter der Durchführung der Beschlüsse stehen, die Beschlüsse selbst für die Räte sind. Die Arbeiter werden zweifellos auch den Betrügereien bei der Stichtzählung mit Hilfe der Organisation ein Ende machen. Die Kämpfe und Plänkelleien in der Stickerei werden weitergehen, und im Kampfe, in der Arbeit innerhalb der Organisation werden die Sticker ihre Kräfte fählen und zu kämpfen werden. Der Tarifvertrag und der Kampf um die Einführung des Stichtzählapparats wird im Vordergrund des Interesses stehen. Dazu kommen noch bevorstehende Umwälzungen der Industrie, welche die Arbeiter aufzupeitschen geeignet sind. Der „Automat“ ersetzt den Pantographen, und mit den „Automaten“ tritt der „eiserne Sticker“ an Stelle des Stickers von Fleisch und Blut. Aus dem Sticker wird ein Vorarbeiter. Der Konkurrenzkampf des Maschinenbesizers mit den „Automaten“fabrikanten wird scharf entbrennen. Der Automat wird siegen. Nur im Großbetrieb kann er rentabel sein. Die Schiffchenmaschine lieferte das Zehnfache der Handstickmaschine und die Automatenmaschine liefert doppelt soviel als die Schiffchenmaschine. Schon laufen im Fabriktreib der Schweiz 600 Automaten und in Plauen baut eine Aktiengesellschaft eine Fabrik mit 300 Automaten. Mit der alten beschaulichen Ruhe wird es vorbei sein. Auch die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften dürfte zunehmen, eine Mahnung, der Arbeiterinnenfrage die gebührende Aufmerksamkeit zuzuwenden. Vor allen Dingen heißt es unablässig am Ausbau der Organisation arbeiten. Viele stehen noch außerhalb ihrer Reihen. In Plauen selbst gewinnt sie ziemlich rasch an Ausdehnung. Schon sind vom vierten Tausend einige hundert geholt. Ein Rückgang ist hier zunächst ausgeschlossen. Aber auch das übrige Vogtland muß mehr Kraft entwickeln. Falkenberg, Elterfeld, Lengensfeld, Auerberg, Treuen und die Ortshäfen oberhalb Plauens müssen stärker als bisher herangezogen werden. Wir dürfen nicht auf dem Erreichten ausruhen, sondern müssen weiterbauen.

Eine internationale Stickerkonferenz tagte am 19. und 20. November in St. Gallen. Vertreten waren Deutschland, Schweiz, Österreich und Frankreich. Die Konferenz sprach sich gegen die bisherige Methode der Stichtzählung und Stichtzeichnung und für die Feststellung der gemachten Stiche durch den Stichtzählapparat aus. Sie empfahl weiter Abschluß von Tarifverträgen und forderte gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in der hausindustriellen Schiffchenstickerei. In der Automatenmaschine erblickte die Konferenz „eine technische Erfindung von höchster Bedeutung“. Sie sprach aber auch aus, daß „die Erfindung die allmähliche Einbuße der Existenz“ des Stickers bedeutet, und verlangte Achtstundentag, Abschluß von Minimaltarifen und während der Zeit des Übergangs Einstellung gelernter Personal.

h. j.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Hausangestellte und gewerbsmäßige Stellenvermittlung. Eine Versammlung der Nürnberger Hausangestellten befaßte sich mit den Gebührensätzen der gewerbsmäßigen Stellenvermittler in der Stadt. Das Referat hierüber hielt Genossin Grünberg. Sie wies im Eingang ihrer Rede darauf hin, daß das neue Stellenvermittlungsgesetz zustande kam, nachdem dem Reichstag ein erdrückendes Material vorgelegt worden war über die unverschämte Ausbeutung, die die Stellenvermittler betreiben. Die Gewinne der gewerbsmäßigen Stellenvermittler sind überaus groß. So haben sie in Nürnberg 1909 zusammen eine Jahreseinnahme von 88 000 Mark gehabt. Manche der Vermittler verdienen 3000 bis 8000 Mk. Die hohen Gebührensätze, die die Herrschaften bislang zahlten, rechneten diese natürlich den Dienstmädchen an. Das kam in deren niederen Monatslöhnen zum Ausdruck. So haben die armen Mädchen indirekt die Tausende von Mark gezahlt, die die gewerbsmäßigen Stellenvermittler einsteckten. Dem neuen Gesetz liegt die Absicht zugrunde, dem Unwesen der hohen Vermittlungsgebühren zu steuern. Die Gesetzgebung hat zwar den Krebschaden der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung leider nicht ganz aus der Welt geschafft, aber immerhin ist als Fortschritt zu verzeichnen, daß sie der wucherischen Ausbeutung etwas entgegentritt. Der § 5 des neuen Stellenvermittlungsgesetzes bestimmt, daß nach Anhören der Vertreter des städtischen Arbeitsnachweises, der Stellenvermittler, der Herrschaften und der Hausangestellten Gebührensätze festgesetzt

werden sollen. Diese Gebühren sind je zur Hälfte von den Herrschaften und den Dienstmädchen zu tragen. Alle Abmachungen, die diese Vorschrift umgehen wollen, sind strafbar, und den Stellenvermittlern, die solche Abmachungen treffen, kann sofort die Konzeption entzogen werden. Die Stellenvermittler in Nürnberg haben geglaubt, trotz alledem noch einen ansehnlichen Profit herauszuholen. Sie setzten ersaunliche Gebührensätze auf die Vorschlagsliste. So verlangten sie für Waschkrauen 6 Mk., für Kindermädchen 10 Mk. und für Köchinnen 20 Mk. Vermittlungsgebühr. Der Hausangestelltenverband beantragte Beseitigung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung, und falls das zurzeit noch nicht durchführbar wäre, Gebührensätze von 20 Pf. für Aushilfen wie Waschkrauen usw., 2 Mk. für ungelernete Arbeitskräfte wie Kindermädchen usw. und 3 Mk. für gelernte wie Köchinnen usw. Diefem Vorschlag stimmten auch die Herrschaften zu sowie die Vertreter des städtischen Arbeitsamtes. Die Gebührensätze, die nun laut Bekanntmachung des Stadtmagistrats festgesetzt sind, betragen:

1. Für gelerntes häusliches Dienstpersonal (umfassend namentlich Köchin, Kindergärtnerin, Gouvernante, Erzieherin, Französin, Haushälterin, Beschlieherin und Herrschaftsdiener) 5 Mk.;
2. für ungelernetes häusliches Dienstpersonal (umfassend namentlich Hausmägde, Mädchen für Küche und Haus, Stäube, Zimmermädchen, Kindermädchen, Kinderfräulein, Kinderfrau, Gesellschafterin, Hausdame, Repräsentantin, Bäckerin, Pflegerin und Stillamme) 3 Mk.;
3. für Aushilfen aller Art (Waschkrauen usw.) 20 Pf., dauert die Aushilfe länger als 5 Tage 1 Mk. Die Aushilfsdauer beträgt 4 Wochen.

Den gewerbsmäßigen Stellenvermittlern ist damit ein grober Strich durch die Rechnung gemacht worden. Natürlich ist ihre Wut über den Hausangestelltenverband grenzenlos. Der Verband der Hausangestellten fürchtet den Jörn der Stellenvermittler aber nicht im geringsten. Er fordert vielmehr aus neu alle Hausangestellten auf, nur den städtischen Arbeitsnachweis am Arbeitsplatz aufzusuchen, bei dem die Vermittlung kostenlos ist. Auch verlangen wir, daß das Geld, das bisher die Herrschaften den Vermittlerinnen zahlen mußten, als Lohnzulage den Hausangestellten zugute kommt. Im Interesse aller Dienstmädchen liegt es somit, die gewerbsmäßigen Stellenvermittlerinnen zu meiden. In der Diskussion wurde mitgeteilt, daß die Stellenvermittlerinnen Gebührensätze von 25 Mk. erhoben, außerdem auch die Mädchen aus Stellenungen fortgelockt haben, um sie anderwärts zu verdingen und dadurch wieder die hohen Gebührensätze zu verdienen. Im Schlußwort setzte Genossin Grünberg auseinander, daß den gewerbsmäßigen Stellenvermittlern durch das neue Stellenvermittlungsgesetz auch hier ein Niegel vorgeschoben ist. Denn wenn festgestellt wird, daß Stellenvermittler Dienstmädchen auffordern, die Stellung zu kündigen, oder Herrschaften auffordern, mit dem Hauspersonal zu wechseln, so wird ihnen die Konzeption entzogen.

Helene Grünberg.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Von der Arbeit der Genossinnen in Niederösterreich. Auf dem Landesparteitag der niederösterreichischen Sozialdemokratie waren diesmal neben 170 Genossen 21 Genossinnen als Delegierte anwesend. Diese starke Beteiligung der Frauen rührt davon her, daß der vorjährige Landesparteitag statutarisch festgesetzt hatte, in jedem Bezirk, wo eine Frauenorganisation besteht, habe diese das Recht, zum Parteitag zu delegieren. Obwohl demgemäß die Genossinnen ganz selbständig Vertreterinnen wählen können, haben doch viele Bezirke, die einen besonderen Wert auf die Frauenorganisation legen, die Entsendung der Genossinnen auch vom Bezirk aus vorgenommen.

Genossin Pölzer, die für Niederösterreich das Amt der Landesvertrauensperson versieht, hatte dem Parteitag einen schriftlichen Bericht über die Tätigkeit und über den Stand der Organisation erstattet. In der Debatte über die Organisation traten die Genossen Keumann und Staret besonders lebhaft für die Frauenorganisation ein, und der erstere erklärte es für die Pflicht jedes Parteigenossen, seine Frau der Organisation zuzuführen. Die Genossinnen spendeten begreiflicherweise diesen Worten besonders lebhaften Beifall. Genossin Popp bemerkte in der Debatte dazu, daß dieser Standpunkt eines so angesehenen Parteigenossen, wie Keumann es ist, gewiß nützlich und zu begrüßen sei, jedoch sei wohl zu erwägen, daß nicht alle Frauen für die Sozialdemokratie auf so einfache Weise zu gewinnen seien, und der Beitrag, den der Mann für die Frau entrichte, würde seinem Zwecke nicht entsprechen, wenn nicht Gelegenheit geboten sei, die Frau zur Sozialistin zu erziehen.

Nach dem Parteitag tagte die Konferenz der Genossinnen Niederösterreichs. Diese war von 60 Genossinnen besetzt, davon 19 aus der Provinz. Von Wien hatten außer den Frauenorgani-

fationen auch die Zentralverbände der Gewerkschaften Genossinnen delegiert. Der Berichterstattung ist zu entnehmen, daß es Ende Juni in Niederösterreich 3617 weibliche Parteimitglieder gegeben hat. Sehr gehemmt wird die Agitationstätigkeit in Niederösterreich dadurch, daß es den Genossinnen an den notwendigen Geldmitteln mangelt. Der Delegierte der Landesparteivertretung konnte sich überzeugen, daß die Parteikasse mehr als bisher für die Agitation unter den Frauen herangezogen werden muß. Wir zweifeln nicht, daß das geschehen wird, und dann werden wir in Niederösterreich auch größere Erfolge als bisher aufweisen. Es wurde beschlossen, zur sozialistischen Schulung der Mitglieder überall Diskussionsabende einzuführen und zur Propaganda für den in Kopenhagen beschlossenen internationalen Frauentag Versammlungen einzuberufen mit der Tagesordnung: Lebensmittelteuerung und Frauenwahlrecht. Ein Flugblatt über diese beiden Fragen wird demnächst verbreitet werden. Auch den Jugendbibliotheken und der Veranstaltung von Märchenvorlesungen mit Lichtbildern für Kinder soll besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Ein Landeskomitee wurde wieder gewählt, das die Agitation in Niederösterreich zu leiten hat. a. p.

Verschiedenes.

Was schenken wir unseren Kindern? Die Geschäfte haben sich für den Weihnachtsverkauf gerüstet. Die Schaufenster sind mit tausenderlei Dingen gefüllt, darunter die herrlichsten Spielsachen für Kinder. Die Kleinen, die vorüberkommen, drücken sich die Naschen platt an den Scheiben und starren verzückt in die wunder-same Märchenwelt. Doch ist leichter ausgewählt als gekauft. Schwer ist Wählen und Kaufen für viele, viele Eltern, die ihre Kinder beglücken möchten und doch mit jedem Groschen rechnen müssen. Die Frage, was sie ihren Dieblingen unter die Tanne legen sollen, verdient reifliche Überlegung. Das sauer verdiente Geld darf nicht in brüchigen Tand und wertlosen Krimskrams gesteckt werden. Es gilt, Gegenstände auszusuchen, die dem Alter und Verständnis des Kindes angepaßt sind und ihnen zusammen mit Freude und Unterhaltung auch geistige Anregung bieten. Nicht jeder kindlichen Bitte ist Gehör zu schenken. Kinder besitzen eine lebhafteste Phantasie und lassen sich leicht durch äußere Einwirkung blenden. Es folgt dann rasch die Enttäuschung, und die Freude ist vorbei. Bei einigem Geschick ist es indessen nicht schwer, Kinder von törichten Wünschen abzubringen. Spielsachen sollen zum Denken anregen, sollen Fähigkeiten und Neigungen der Kinder erkennen lassen. Stilles Beobachten der Kinder beim Spiele bietet den Eltern manchen guten Wink für die Erziehung. Deshalb ist Sorgfalt bei der Auswahl von Spielsachen am Platze. Werkzeuge, Bau- und Farbentäften, Wagen, Garten- und Küchengeräte, Puppen und Puppenstuben, Näh-, Stiel- und Häkelzeug, Wälle, Regel, Geduldspiele sind einige der Sachen, die Kinder beglücken und bilden können. Was Bücher anbelangt, so fanden und finden die Leserinnen an anderer Stelle Fingerzeige, die ihnen erleichtern, den Weizen von der Spreu zu sondern.

Einzig können wir den Proletariereckern nicht bringend genug ans Herz legen: kauft keine Säbel, Flinten, Uniformen! Pflanz nicht schon die verderbliche Militärschwärmerie in die zarte, empfängliche Kindesseele! Wer es tut, verständigt sich an seinen Klasseninteressen, an der Kultur und Menschlichkeit. Jugendeindrücke wirken nachhaltig auf spätere Leben ein! Proletarier und Proletarierinnen, die durch Land Neigung für den Militarismus in ihren Kindern züchten helfen, binden selbst mit die Ruten, mit denen sie gezüchtigt werden. Viele proletarische Eltern gibt es, die noch nicht fühlen, daß der Kampf gegen den Militarismus beim Kinde anfängt. Ihnen rufen wir zu: Hinaus aus eurem Heim mit der Nachäffung der Mordwerkzeuge! Denkt an die Schmach von Mansfeld! Erinnert euch der Maschinengewehre, die ihre verderblichen Schlände auf eure hungernden Brüder und Schwestern richteten. Söhne der Mansfelder Bergleute waren es, die nach dem Aussperrungsgebiet gesandt worden waren, auf daß sie eventuell auf Vater, Mutter und Geschwister schießen sollten! Und wird nicht bei allen Arbeiterdemonstrationen das Militär mit scharfer Munition ausgerüstet und bereitgestellt?! Speit nicht die patriotische und gottesfürchtige Presse Gift und Galle, weil in Moabit nicht Militär verwendet wurde, um die Massen niederzumegeln? Hinaus mit dem Mordspielzeug, hinaus mit der bunten Uniform und all den kinkerlichen, hinaus mit allem aus dem Arbeiterheim, was reaktionäres Empfinden und Denken stärken, was das Auf-leimen und Reifen proletarischen Klassenbewußtseins hemmen kann. Die Kinder von heute werden die Kämpfer von morgen sein. Sorgen wir dafür, daß sie auf der rechten Seite stehen. Emil Unger.

Literarisches.

Schillers Werke, eingeleitet durch eine Biographie des Dichters von Franz Mehring, das ist eine wertvolle literarische Weihnachtsgabe für die Arbeiterklasse, die wir ihr schon längst gewünscht haben. Mit knappen, kräftigen Strichen läßt Genosse Mehring ein lebenswarmes Bild des großen Dichters entstehen, der seinem dramatischen Erstling das lähne Geleitwort mitgab: „Wider die Tyrannen.“ Und mit dem Bilde der Persönlichkeit zusammen stellt er die Zeit vor unser Auge, aus der Schiller emporgewachsen ist. Das alles mit der Sachkenntnis und dem Talent des Mannes, dem das deutsche Proletariat die Lessinglegende verdankt. Was Schillers Werke anbelangt, so enthalten sie alles, was den Massen den Dichter und Denker näher bringen, was ihnen eine Quelle der Bereicherung und Erhebung ihres Seins werden kann. Fortgelassen sind nur bedeutungslosere Übersetzungen, überlebte, unbehilfliche lyrische Gedichte, Xenien, deren Inhalt weitab vom Interesse des Proletariats liegt, und philosophische Abhandlungen, die nicht tiefer in Schillers Weltanschauung einführen. Die Ausgabe hätte unseres Dafürhaltens nicht verloren, wenn noch manches weitere Gedicht der ersten Periode fortgeblieben wäre. Die drei geschmackvoll ausgestatteten Bände kosten nur 3,50 Mk. Sie müssen in Hundert-tausenden von Exemplaren in die Massen wandern.

Erlebnisse eines Hamburger Dienstmädchens. Von Doris Biersted. Lebensschicksale Band 4. München, Ernst Reinhardt. 108 Seiten. 1 Mk. — Adelheid Popps „Jugendgeschichte einer Arbeiterin“ zeigt uns, wie ein ganz auf sich allein angewiesenes Kind der Armut aus den Niederungen seiner Umgebung sich durch eigene Kraft zur klassenbewußten Führerin von Tausenden emporarbeitet und in Tausenden wieder den großen Gedanken der Solidarität weckt. Der große Wert dieser Biographie liegt darin, daß in ihr das Leben und Streben des einzelnen mit dem Kampf von Millionen Leidensgefährten verknüpft wird, daß das Einzelschicksal in den großen Strom der Arbeiterbewegung einmündet. Dadurch erlangt das Buch seine Bedeutung für die große Masse der strebenden und kämpfenden Proletarierinnen. Die Verfasserin der „Erlebnisse eines Hamburger Dienstmädchens“ sieht nicht über den engen Kreis der eigenen Leiden hinaus, ihr gelingt der Schritt zur Erkenntnis des Zusammenhangs der sozialen Verhältnisse nicht. Ihre ganze Einsicht gipfelt in den Schlußworten ihres Buches: „Allen lieben Mitmenschen, die gezwungen sind, ihr Brot an anderer Leute Tisch zu essen, möchte ich zurufen: Tut immer eure Pflicht, voll und ganz; aber dann verteidigt euch auch, wenn es not tut.“ Es liegt ihr fern, ihre in gleicher Lage befindlichen Schwestern zum Kampf für die Verteidigung ihres Rechts, zum Kampf für die Erringung eines menschenwürdigen Daseins aufzufordern. Ihnen muß Ermunterung von anderer Seite kommen. Dank unserer unermüdeten Agitation unter den Hausangestellten sehen immer mehr Haus-flawinnen ein, daß ein Mittel allein zur Besserung ihrer Lage führen kann: der Zusammenschluß aller zu einer machtvollen Organisation. M. W.

Achtung! Genossinnen! Geschäftsführerin gesucht!

Zur Führung der Geschäfte der Ortsgruppe Hannover des Verbandes der Hausangestellten suchen wir zum 1. Januar 1911 eine in der Agitation und in schriftlichen Arbeiten erfahrene Genossin. Mit dem Bureau ist ein Stellennachweis verbunden. Gehalt nach Vereinbarung. Dem Bewerbungsschreiben ist ein selbstgeschriebener Auffass über „Die Aufgaben einer Geschäftsleiterin für den Verband der Hausangestellten“ beizulegen.

Bewerberinnen wollen sich unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis zum 16. Dezember schriftlich an den Gewerkschaftssekretär Kurt Mey, Hannover, Nikolaistraße 7 I wenden.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Jettin (Hundes), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.